

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Telephon Nr. 926

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße Nr. 50/52, und die Post zu beziehen. — Preis vierteljährlich M. 1.60. Monatlich 55 Pfg. — Postzeitungsliste Nr. 4069 a, sechster Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Beitzelle oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. — Inserat für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags, größte Tage vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 11

Donnerstag den 14 Januar 1904.

11. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Deutscher Reichstag.

Original-Bericht des „Lübecker Volksbote“.

Berlin, den 12. Januar 1904.

Der Reichstag hat Dienstag seine Arbeit nach den Weihnachtstagen wieder aufgenommen. Die Sitzung verlief sehr ruhig. Es schien noch etwas vom Weihnachtsfrieden in den Gemüthern nachzuwirken; denn die endgültige Wahl des Präsidiums und der Schriftführer wurde unter allgemeiner Zustimmung durch Ruf vollzogen. Bei den Rechnungssachen, die in großer Fülle vorlagen, gab es einige kleine Plankleien. Zunächst taten die beiden Zentrumsgesandten Dr. Bachem und Dabach so, als ob ihre Partei ernstlich gewillt sei, die großen Staatsüberschreitungen, wie sie besonders beim Kolonialetat die Mode sind, künftig nicht mehr stillschweigend zu verschlucken. Ob der Ankündigung die Tat folgen wird, dürfte mehr wie zweifelhaft erscheinen. Dann unternahm der im 1. Berliner Reichstagswahlkreis gegen den Genossen Arons gewählte freisinnige Bankdirektor Kämpf einen Vorstoß zu gunsten seiner Biergarten-Vorsänger. Als ein Haar wäre er um seine Rede gekommen, denn der Schriftführer, dem er seine Wortmeldung übermitteln wollte, war vergeblich gewesen und hatte sie an den Präsidenten nicht weiter gegeben. Es gab lebhaften Protest, der den Erfolg hatte, daß Herr Kämpf unter Hinweis auf den ungünstigen Kurs der letzten dreiprozentigen Reichsanleihe die Notwendigkeit einer Reform des Vorgesetzes und der Vorfahren betonen konnte. Die kleine Debatte, die sich anschloß, war bedeutungslos. Das Thema wird, wenn die Regierungsvorlage, die die Thronrede der Börse versprochen, vorliegen wird, gründlich erörtert werden.

Das Haus wandte sich dann den Interpellationen zu, die in reicher Fülle auf seiner Tagesordnung stehen. In erster Linie sollte die Interpellation des Zentrums wegen der Anerkennung der Rechtsfähigkeit der Berufsvereine besprochen werden. Da der Reichskanzler aber durch den Grafen Posadowsky erklären ließ, daß er die Interpellation erst an einem späteren Termin beantworten wolle, wurde sie von der Tagesordnung abgesetzt und die Interpellation unserer Fraktion wegen der Wurmkrankheit rückte an ihre Stelle. Sie wurde vom Genossen Sacke in einer trefflichen Rede begründet. Er wies nach, daß die verheerende Seuche ohne Verschulden der Arbeiter eingeschleppt worden sei. Die Mittel zur Bekämpfung der Seuche sind aber zum Teil den Knappschaffstassen entnommen worden, während es Sache des Reiches sein müsse, die notwendigen Mittel aufzuwenden, um die Gefahren dieser Volksseuche abzuwenden. Indirekt führt die Bekämpfung der Seuche zu einer Beschränkung der Freizügigkeit der Arbeiter. Es ist vorgeschrieben, daß jeder Arbeiter, der neu angelegt wird, sich einer ärztlichen Untersuchung unterwerfen. Das ist gewiß sehr richtig, aber sehr unrichtig ist, daß der Arbeiter die nicht unbeträchtlichen Kosten dieser Untersuchung — sie betragen bis zu 6 Mk. — aus der eigenen Tasche decken muß. Die begreifliche Scheu, eine derartige Gesundheitssteuer zu erlegen, bindet ihn an die Grube, bei der er augenblicklich beschäftigt ist.

Die Interpellation wurde von dem Grafen Posadowsky und dem Handelsminister Möller beantwortet. Graf Posadowsky beschränkte sich darauf, die Maßregeln mitzuteilen, die in den außerpreussischen Staaten, in Bayern, Sachsen und Elsaß-Lothringen, zur Bekämpfung der Seuche ergriffen worden sind. Im übrigen protestierte er gegen die Behauptung, daß eine Beschränkung der Freizügigkeit der Bergarbeiter in der Absicht der Regierung gelegen hätte. Sein Kollege Möller mußte aber zugeben, daß die Wirkung der angeordneten ärztlichen Untersuchungen und die Uebertragung der Kosten auf die Arbeiter tatsächlich auf eine gewisse Beschränkung der Freizügigkeit hinausläuft. Auch er gab eine lange Uebersicht über die Maßnahmen, die zur Bekämpfung der Seuche bisher ergriffen worden sind; er versicherte, daß auch bereits ein gewisser Erfolg zu verspüren sei; aber seine Worte klangen doch recht unsicher. Im übrigen war seine Rede für das Haus und die Tribünen beinahe unverständlich, so leise flüsterte er sie vor sich hin. Unsere Genossen Sacke und Sacke hatten sich in unmittelbarer Nähe des Redners aufgestellt, und es machte eine zeitlang ganz den Eindruck, als fände da eine private Unterhaltung zwischen dem Minister und den Vertretern der Bergarbeiter statt. Herr Möller erkannte übrigens an, daß die „Bergarbeiter-Zeitung“ bei der Bekämpfung der Krankheit gute Dienste geleistet habe. Um so unverständlicher bleibt es, daß da den Bergarbeitern die Säle abgetrieben werden, wenn sie für die Aufklärung der indifferenten Kollegen sorgen wollen.

Darüber wird morgen noch ausführlich gesprochen werden. Die Besprechung der Interpellation, die auf Antrag des Genossen Singer beschlossen wurde, wird wohl noch einen ziemlich breiten Raum einnehmen, wie es die Wichtigkeit der Frage auch verdient.

9. Sitzung. Nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratstisch: Graf von Posadowsky, Möller, v. Stengel.

Präsident Graf v. Ballestrem ruft den Reichstagsmitgliedern ein herzliches „Prosit Neujahr“ zu.

Auf Antrag des Abgeordneten v. Normann (N.) beschließt das Haus, das bisherige Präsidium durch Affirmation wiederzuwählen.

Nachdem Graf Ballestrem in eigenen Namen und in dem des Vizepräsidenten Grafen von Stolberg-Wernigerode die Wahl anzunehmen erklärt hatte, welcher Erklärung sich Dr. Baasche anschließt, folgen Rechnungssachen.

Bachem (Z.) rügt bei der ersten Beratung der Uebersichten der Einnahmen und Ausgaben in den Kolonien für 1900 resp. 1901 die zum Teil recht erheblichen Staatsüberschreitungen bei der Kolonialverwaltung. Es kommen Staatsüberschreitungen bis zu 100 Proz. vor. (Hört! hört!)

Dabach (Z.): Das Wichtigste wäre, wenn das Haus solche Staatsüberschreitungen einfach nicht genehmigte, dann würde sich herausstellen, wer die Summen zu beschaffen hat.

Hierauf werden die Rechnungen genehmigt, desgleichen eine Reihe weiterer Rechnungssachen.

Präsident Graf Ballestrem erklärte die Beratung des Punktes 7 der Tagesordnung (Beratung der Denkschrift über die Ausführung der Anleihegesetze seit 1875) bereits für erledigt, als auf der linken laute Rufe des Widerspruches laut werden. Richter (Fp.) ruft dem Präsidenten zu: So passen Sie doch auf!

Kämpf (zur Geschäftsordnung): Ich habe mich zu Punkt 7 rechtzeitig gemeldet, das Wort ist mir aber nicht erteilt worden. (Gr. Unruhe links.)

Präsident Graf Ballestrem bedauert, daß ihm diese Wortmeldung nicht zur Kenntnis gebracht worden ist, jetzt sei es leider zu spät, er könne dem Abgeordneten das Wort nicht mehr erteilen. (Ob-Rufe und große Unruhe links.)

Richter (Fp.) [zur Geschäftsordnung] erklärt, es könne doch dem Redner nicht zugemutet werden, eine Unterlassung des Schriftführers zu entgelten. Der Präsident stimmt dem Abgeordneten Richter zu und schließlich wird, um dem Abg. Kämpf Gelegenheit zu geben, seine Ausführungen vorzubringen, die Diskussion über den Punkt 7 der Tagesordnung wieder eröffnet und es erhält das Wort

Kämpf (Fp.): In der ersten Hälfte 1903 wurde ein Betrag von 290 Millionen Prozentiger Reichsanleihe an die preussische Seehandlung und 25 Renten begeben. Am 17. April fand die Subskription statt und sind anstatt der verlangten 290 Millionen Mark nicht weniger als 13740 Millionen gezeichnet worden. (Hört, hört!) Trotz der enormen Ueberschreitung ist der Kurs der Anleihe nur unwesentlich über den Emissionskurs gestiegen und später sogar unter den Emissionskurs gesunken. Dieser Mißerfolg ist um so bemerkenswerter, als die deutsche Reichsanleihe eine der sichersten Papiere ist. Die Reichsfinanzverwaltung hat in dieser Sache Beratungen mit Männern der Praxis eingeleitet. Wenn das Uebel an der Wurzel angegriffen werden soll, so muß die ganze wirtschaftliche Gesetzgebung der letzten zehn Jahre gründlich revidiert werden. (Sehr richtig! links.) Die Vorgesetze und Börsengesetze (Wahl rechts) stehen im direkten Zusammenhang mit dem Sinken der Reichsanleihe. (Sehr richtig! links.) Erschweren Sie den deutschen Börsenverkehr, so wird das inländische Kapital ins Ausland gehen und der internationale Verkehr meidet Deutschlands Börsen. Je mehr Kapitalien an einem Orte zusammenfließen, umso mehr wird das Kreditgeschäft eines Landes geschäftig. In den achtziger Jahren hatten wir eine starke Börse. Jedes, auch das komplizierteste Geschäft konnte an der Berliner Börse ausgeführt werden. Das ist durch die Vorgesetze zerstört worden. Mit einer gründlichen Revision der Vorgesetzgebung darf nicht länger gewartet werden und ich bedaure, daß sich eine solche Vorlage unter den Druckfassen nicht befindet. Videant consules ne quid detrimenti capiat res publica.

Reichsfinanzsekretär Frhr. von Stengel: Der Verlauf der Emission der letzten Reichsanleihe ist allerdings ein unermüßter gewesen, doch haben sich ähnliche Erscheinungen auf dem Geldmarkte anderer Staaten gezeigt, so bei der französischen Rente und der Transvaalanleihe. Bei dieser war der Kurssturz noch größer als bei der deutschen Reichsanleihe. Was in der Folge geschehen kann, um eine günstigere Abwicklung der Emissionsgeschäfte zu verbürgen, soll geschehen, doch bitte ich die Erwartungen nicht zu hoch zu spannen. Das Wichtigste ist die Wahl des richtigen Zeitpunktes der Emission. In dieser Beziehung sind wir in keiner günstigen Lage. Wir können mit der Anleihe nicht kommen, bevor der Etat bewilligt ist und dann — im April — ist die günstigste Zeit für die Regelung der Anleihe bereits vorüber. Ich hoffe auf diesen Punkt bei einer späteren Zeit zurückkommen zu können.

Dr. Urendt (Fp.): Die recht einseitige Darstellung des Vertriebes des ersten Berliner Wahlkreises ist durch den Reichsfinanzsekretär schon richtig gestellt worden. Mit Argumenten, wie er sie vorbrachte, kann man wohl in Versammlungen von Handelskammern Eindruck machen, aber nicht im deutschen Reichstage. (Unruhe links.) Wir sind der Ansicht, daß das Vorgesetzgesetz durchaus legerisch gewirkt hat. (Ob! links) nur wo es sich um Sicherung von Treu und Glauben handelt, werden kleine Verbesserungen nötig sein. (Bravo! rechts.)

Dr. Semler (N.) meint, gerade die Handelskammern sind die richtigen Sachverständigen für die Materie der Vorgesetzgebung; im Reichstage sei sehr oft eine ganz verkehrte Auffassung über das Wesen der Börse vorhanden.

Dove (Fp.) bittet die Regierung um eine präzise Auskunft darüber, wann die Vorlage einer Börsenreform zu erwarten ist. Diese Reform ist dringend notwendig, es handelt sich hier um eine Frage von nationalem Interesse.

Dr. Spahn (Z.) bestreitet, daß die nationalen Interessen und die Interessen der Börse sich immer decken. Einzelne Gärten in der Börsengesetzgebung seien gewiß auszugeben.

Hierauf wird die Denkschrift über die Anleihegesetze in der ersten Lesung genehmigt.

Es folgt die Interpellation Trimbhorn (Z.) betr. die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine und die Errichtung von Arbeitskammern.

Staatssekretär Graf Posadowsky: Der Reichskanzler ist bereit, die Interpellation zu beantworten; über den Zeitpunkt werde ich in den nächsten Tagen dem Präsidenten Mitteilung machen.

Präsident Graf Ballestrem: Da die Beantwortung der Interpellation erst einem späteren Zeitpunkt vorbehalten wird, so fällt für heute die Interpellation weg.

Es folgt die Interpellation Auer und Genossen (SD.) betr. Maßregeln gegen die Wurmkrankheit. Dieselbe lautet: „Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um die unter den Bergleuten Deutschlands stark grassierende und bereits in das Heer eingebrungene Wurmkrankheit wirksam zu bekämpfen?“

Graf Posadowsky erklärt sich bereit, die Interpellation sofort zu beantworten.

Zur Begründung der Interpellation nimmt darauf das Wort

Sacke (SD.): In der vorigen Session hat das Zentrum angeblich aus Versehen gegen unsern Antrag gestimmt, Mittel zur wissenschaftlichen Erforschung und zur Bekämpfung der Wurmkrankheit zur Verfügung zu stellen. Bei Annahme unseres Antrages wäre von der Regierung sicher mehr gegen die Wurmkrankheit getan worden, als bisher geschehen ist. Aus den Knappschaffstassen wurden 200000 Mark zur Bekämpfung der Seuche bewilligt. Es ist ein großes Unrecht, Mittel aus den Knappschaffstassen, zu denen die Arbeiter Beiträge leisten, zu solchen Zwecken zu benutzen. Da die Wurmkrankheit eine Volkskrankheit ist, die ohne Schuld der Arbeiter in Deutschland eingeschleppt wurde, da außerdem die ganze Bevölkerung dabei in Gefahr kommt, so müßte die Seuche auf Grund des Seuchengesetzes bekämpft werden und die Reichsregierung muß die nötigen Mittel zur Verfügung stellen. Unter den Bergarbeitern herrscht große Erregung. Eine Verordnung des Oberbergamtes Dortmund zur Eindämmung der Krankheit schädigte die Arbeiter in solcher Weise, daß dieselben schon zum Streik greifen wollten. Manche Bechen sind bis zu 70 pSt. der Belegschaft verweigert. Die Krankenhäuser sind überfüllt und nicht genug Leute vorhanden, um alle Kranken zu behandeln. Dazu kommt, daß das Mittel zur Austreibung des Wurms, ein Farrenkrautextrakt, sehr schädlich und gefährlich ist und schon verschiedene Nahrungen herbeigeführt hat. Die Leute müssen oft 3-4 mal ins Krankenhaus, verlieren 5, 6, ja 16 bis 18 Wochen Lohn und müssen all das ruhig hinnehmen, trotzdem sie sich die Krankheit ohne ihr Verschulden zugezogen haben. Ein wurmkranker Bergarbeiter, Vater von 4 Kindern, nahm im evangelischen Krankenhaus zu Mühlheim den Farrenkrautextrakt ein und am nächsten Tage war sein Augenlicht erloschen. Ist es da ein Wunder, daß viele Arbeiter lieber ihre Wärmer behalten wollen, als in das Krankenhaus gehen und sich blind machen lassen? Bei den Arbeitern herrscht ein großes Mißtrauen gegen die Ärzte, von denen viele nicht das nötige Verständnis für die Krankheit haben. Dabei müssen die Leute die Kosten für die Untersuchung bei Neuansstellungen aus ihrer eigenen Tasche bezahlen. (Hört! hört! b. d. Soz.) Unter den Bergarbeitern ist die Meinung immer mehr durchgedrungen, daß man die Wurmkrankheit benutzen will, um die Freizügigkeit der Bergarbeiter aufzuheben. (Rachen rechts.) Die kolossalen Kosten, welche die Knappschaffstassen bisher zur Bekämpfung der Seuche aufgewendet haben, müssen ihnen vom Reiche ersetzt werden. Bisher ist aber weder vom Reiche noch von Preußen irgend etwas in dieser Richtung geschehen. Dabei herrscht diese gefährliche Krankheit nicht nur im Ruhrrevier, sondern auch in Ober- und Nieder-Sachsen, neuerdings auch in Böhmen und Steiermark. Trotz der Gefährlichkeit der Krankheit ist noch heute nicht überall die Versorgung der Bergleute mit gutem Trinkwasser durchgeführt. Vielfach müssen sie, um ihren Durst zu löschen, das Verrieselungswasser trinken. (Hört! hört! b. d. Soz.) Der Bergarbeiterverband hat, um die Arbeiter aufzuklären, die Ärzte in der Organisation sprechen lassen. Als aber bei diesen Diskussionen von den Arbeitern die Mißstände in den Gruben zur Sprache gebracht wurden, verboten die Sechenbesitzer den Ärzten, weiterhin Vorträge über die Wurmkrankheit vor den Arbeitern zu halten. (Hört! hört! b. d. Soz.) Auch die Geeseeverwaltung tut nichts in der Sache. Vielfach ist es vorgekommen, daß vom Militär als gesund entlassene Bergarbeiter bei der Anlegung mit Wurmkrankheit befallen gefunden wurden. Die Militärbehörde lehnte es aber ab, ihnen irgend eine Krankenunterstützung zu zahlen. Das Reich hat bisher noch nicht einmal etwas dazu getan, um die Ärzte genügend auszubilden zu lassen. Was ist geschehen, um die

aus Italien einwandernden Arbeitern untersuchen zu lassen? Fremde Oeffnen werden untersucht, die fremden Arbeiter aber werden einfach eingestellt und stecken ihre Mitarbeiter an. Die Zeitungen verbreiten nun die Meldung, die Krankheit sei zum Teile erloschen. Der Rompaß, das Organ der Knappschaffsgenossenschaft brachte vor Kurzem eine Notiz, daß die Krankheit im Ruhrrevier so gut wie erloschen sei. Tatsächlich sind noch Hunderte und Tausende von Bergarbeitern mit Wurmkrankheit befallen. Die Hauptsache ist, daß das Reich den Begehren ein wichtiges Desinfektionsmittel zur Verfügung stellt, daß die Ärzte in einem zu schaffenden Institut genügend ausgebildet werden. Die Verletzung der Begehren darf nicht aufhören. Ich hoffe, daß die Regierung energische Maßnahmen ergreift, damit unter den Bergarbeitern und auch in der allgemeinen Bevölkerung eine gewisse Beruhigung eintritt. (Lebhafter Beifall b. d. Sitz.)

Graf v. Posadowsky: Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die Wurmkrankheit unter den Bergleuten einen so ersten Charakter angenommen hat, daß Wissenschaft und Technik ungenügend versichert sind, dafür zu sorgen, daß alles geschieht, was zur Bekämpfung dieser Krankheit nützlich und notwendig ist und daß namentlich Fiskus und Private keine Opfer scheuen dürfen, um alle Maßnahmen zu ergreifen, die Wissenschaft und Technik für notwendig halten. Der Staatssekretär läßt sich über die Verhältnisse in den nichtpreussischen Staaten, Bayern, Sachsen und in Elsaß-Lothringen aus. In Bayern sind zwei, in Sachsen bisher vier Fälle von Wurmkrankheit ermittelt worden, alle bei Arbeitern, die vorher in den rheinisch-westfälischen Gruben gearbeitet hatten. Alle Bergarbeiter, die seit 1901 aus verdächtigen Revieren zugezogen sind, müssen untersucht werden. In Elsaß-Lothringen wurden 7 Fälle festgestellt. Auch hier wie in Bayern und Sachsen sind bergpolizeiliche Vorbeugungsmaßnahmen getroffen worden. Der Kriegsminister hat mir in einem Schreiben mitgeteilt, daß die Militärärzte auf die Wurmkrankheit aufmerksam gemacht wurden. Bisher sind 40 Fälle von Wurmkrankheit in der Armee gemeldet worden, 39 der Erkrankten stammen aus dem rheinisch-westfälischen Revier. Sechs der Erkrankten wurden wegen hochgradiger Blutarmut entlassen; bei 28 nach Ableistung ihrer zweijährigen Dienstzeit als gesund Entlassenen wurde gelegentlich ihrer Untersuchung durch Knappschaffsärzte der Nachweis von Wurmeiern erbracht. Diese waren nicht wurmkrank, sondern sonst ganz gesunde Leute von weiß bläulicher Gesichtsfarbe, sogenannte Wurmtäger. Durch die Armee ist eine Verbreitung der Krankheit in der Zivilbevölkerung nicht zu befürchten, denn eine Infektion von Person zu Person ist nach den bisherigen wissenschaftlichen Feststellungen ausgeschlossen. Der Redner hat verlangt, daß die Bekämpfung der Wurmkrankheit in die Hände des Reiches gelegt werde. Das ist nicht ausführbar und nicht notwendig. Nicht notwendig, weil die Einzelstaaten im Besitz des ärztlichen Materials, wie der wissenschaftlichen Institute sind, nicht ausführbar, weil die Verhütung nicht in den Händen des Reiches, sondern der Einzelstaaten liegt. Diese haben alles getan, was zur Bekämpfung der Seuche notwendig ist. Herr Sacke hat weiter behauptet, daß die Wurmkrankheit benutzt wird, um die Freigabe der Arbeiter zu beschleunigen. Eine solche, die Ehre der Begebenheiten so schwer verletzende Behauptung dürfte nicht ohne einen schlüssigen Beweis aufgestellt werden. (Sehr richtig! rechts.) Eine solche Handlung von Seiten einer Partei würde von ganz anderer Stimmung zeugen; bisher ist aber nicht die Spur eines Beweises dafür erbracht worden. Wenn man dazu beitragen will, die Erregung unter den Bergarbeitern zu mildern, darf man eine solche Behauptung nicht aufstellen, ohne einen klaren, positiven Beweis.

Preussischer Handelsminister Möller: Ich erkenne durchaus an, daß die Bergarbeiterzeitung namentlich zu Anfang viel dazu beigetragen hat, den Arbeitern die Gefahren der Wurmkrankheit vor Augen zu führen und sie zur Reinlichkeit anzuhalten. Die Aufrechterhaltung und Durchsetzung der Reinlichkeit ist der Hauptpunkt bei der Bekämpfung der Seuche. Die ersten bemerkenswerten Spuren der Seuche, die vielleicht durch italienische Arbeiter aus den Tropen zu uns gekommen ist, traten bei uns Anfang der 90er Jahre in die Erscheinung. Man untersuchte zunächst nur die blutarm erscheinenden Arbeiter und schloß daraus irrtümlicherweise auf eine sehr geringe Zahl von Wurmkranken. 1895 erklärte Professor Löffler eine Kontrolle der Kranken- und Reinlichkeitsmaßnahmen, insbesondere die Anlage von Aborten im Innern der Zeugen, für notwendig. 1896 erging eine entsprechende Verordnung des Oberbergamtes. In der ersten Zeit wurde nicht mit dem rechten Ernst an die Sache herangegangen, weil man die volle Gefahr nicht erkannte. 1900 wurden die bergpolizeilichen Vorschriften verschärft. Trotzdem zeigte sich bis 1902 wieder eine erhebliche Zunahme der Krankheit. 1903 wurde ermittelt, daß zwar die Seuche wieder zugenommen, daß aber die Mehrzahl der Wurmträger nur wurmbefallen, aber nicht wurmkrank war, daß heißt, sie waren äußerlich vollständig wohl, litten aber nicht desto weniger eine Gefahr für ihre Mitarbeiter. Anfang 1903, nach den Verhandlungen hier im Reichstag, wurde eine Konferenz im Handelsministerium einberufen. Es wurde eine ärztliche Untersuchung eines bestimmten Prozentsatzes der Arbeiter angeordnet. 1903 Prozent der Untersuchungen wurden als wurmkrank befunden. 60 Prozent dieser Kranken gelang es, durch sofortige Behandlung zu heilen. Mit Sicherheit kann behauptet werden, daß die größte Gefahr überstanden ist, wenn es auch noch mehrere Jahre bis zur Beseitigung der Seuche dauern wird. Eine Abhilfe, die Freigabe der Arbeiter, liegt aus gewissem Maße fern, aber die indirekte Erleichterung des Bedarfs der Arbeiter ist nicht zu leugnen, das ist nicht zu ändern. Die fremden Arbeiter sollen ja auch nach den Wünschen des Abg. Sacke genau untersucht werden. Wir hoffen, die Krankheit bald wieder auf den kleinen Fehd zu beschränken, den sie vor 5 Jahren hatte.

Abg. Montag des Abg. Singer befragt das Haus die Bekämpfung der Wurmkrankheit und verzagt sich dann auf Mittwoch 1 Uhr. (Fortsetzung der Interpellation über die Wurmkrankheit und weitere Interpellationen.)

Sitzung 6 Uhr.

Politische Handlungen.
Deutschland.
Eine geheimnissvolle Gründung. Dem „Dresdener Anzeiger“ hat ein gewisser Band verschiedene Nachrichten auf den Reichstag zugehen, die eine wichtige Bedeutung haben. Der Dresdener Anzeiger hat es in einem Versteckten Briefe an den Reichstag mitgeteilt, daß ein Komitee aus 12 Mann unter Vorsitz des Reichstagsabg. v. Posadowsky in Deutschland Unternehmungen zur Erreichung eines bestimmten Zweckes in der am 21. Januar d. J. in Berlin der deutschen Reichstag einberufen werden soll. Die Ziele sind namentlich die „politische“

Natur und deshalb ist es auch „patriotische“ Pflicht der Unternehmer, mitzumachen. Die Ziele des Vereins sind in den Erläuterungen zu dem „Streng vertraulich“, aber höchst dunkeln und verblüffenden Aufsatze kurz so zusammengefaßt: 1. Der Mitteleuropäische Wirtschaftsbund erstrebt keine Fokussierung der mitteleuropäischen Staaten. Er hält den Plan einer solchen aus politischen und wirtschaftlichen Gründen nicht für durchführbar. 2. Die Wirtschaftsbund als solche will der Mitteleuropäische Wirtschaftsbund nicht in Frage stellen, aber ernsthaft prüfen, ob ihre Gewährung nicht an die Forderung zu knüpfen sei, daß gewisse Zollmaxima auch vom Ausland nicht überschritten werden oder, wenn das der Fall, daß dann auf anderem Gebiete Gegenleistungen gewährt werden (Reziprozitätsverträge), ein Grundgesetz, der Ansicht auf Annahme nur dann hat, wenn eine Anzahl Staaten ihn gemeinsam proklamieren. 3. Den Staaten selbst will er durch Vereinfachung des Grenzschutzes Kosten von Bedeutung sparen, in der Erwägung, daß auch der Grenzschutzes eines Staates bis zu gewissem Grade für den anderen arbeiten kann. 4. Der Verein will die Errichtung von amtlichen Zollauskunftsstellen und vor allem von Zollschlichtungsstellen erwirken. 5. Er will die vielerlei anderen Aufgaben wahrnehmen, die sich einem Verein mit dem bezeichneten Programm aus der stets wachsenden internationalen Verflechtung der Wirtschaften ergeben. 6. Er will sich dabei keiner einzelnen Partei oder Parteiengruppe verschreiben, vielmehr alle auf dem Boden positiver Arbeit stehenden politischen Parteien zur Mitarbeit heranziehen. 7. Er vertritt auch wirtschaftspolitisch keinerlei Tendenz. — Jedenfalls ist es auffällig, daß die zweifelsohnen Patrioten ihre patriotischen Taten jetzt sehr so geheimnisvoll einleiten. Man weiß nicht recht, was die Herrschaften eigentlich zu tun beabsichtigen, wenigstens sind die Zirkulare so zweideutig als irgend möglich. Es scheint fast, als sei das „Initiativkomitee“ — eine sehr gemischte Gesellschaft — aus Verzweiflung über den Zollstreit zusammengekommen. Für das deutsche Initiativkomitee haben 42, für das österreichische 32 und für das ungarische 17 Herren unterzeichnet. Für die Woiwode des Geheimbundes bürden diese Namen, die wir unter den 42 deutschen Patrioten herausgreifen: Prinz von Arenberg, Ballin, Baffermann, Dr. Hammacher, v. Karner, Prof. Litz, Graf zu Limburg-Stirum, Dr. Mehnert, jährl. Kammerpräsident, Dr. Paasche, Dr. Schäffle, Schlumberger, Freiherr v. Schorlemer, Mitglied des preuß. Herrenhauses, Sopelias, Zentralverb. d. Industriellen, Prof. Jul. Wolf.

Die Wahlprüfungs-Kommission des Reichstages hielt Dienstag eine kurze Besprechung ab. Der Vorsitzende Wellstein (Ztr.) teilte mit, daß gegen 81 Wahlproteste eingelaufen seien. Zu ihrer schnellen Erledigung wolle er Dienstag, Mittwoch und Donnerstag vormittags Sitzungen einberufen. Von freierhandiger Seite wurde angeregt, zwei Wahlprüfungs-Kommissionen zur Beschleunigung der Prüfungen einzusetzen. Man machte darauf aufmerksam, daß diesmal die Zahl der Proteste geringer als in früheren Jahren sei, auch bedürfe es zur Einsetzung einer zweiten Kommission eines Beschlusses des Plenums. Man glaubte deshalb, auf einen zweiten Ausschuss verzichten zu können.

Die Geheimnisse des „Reichsverbandes“. Unser Parteiorgan in Köln ist in der Lage mitzuteilen, daß der Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie seine geheimen Drucksachen in der Bademischen Druckerei herstellen läßt, das heißt im Geschäftsbetrieb der ultramontanen „Kölnischen Volkszeitung“. Sowohl das Programm und das Einladungskartular wie auch die Mitgliederliste sind in der Bademischen Druckerei hergestellt worden und zwar unter Anwendung origineller Vorsichtsmaßnahmen, damit nur ja das Geheimnis gewahrt bleiben sollte. Ein Beispiel: In der Mitgliederliste, die an der Spitze den Vermerk „Betrügl.“ trägt, heißt es in der Ueberschrift: „Dem Kaiser zur Begründung eines Verbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie sind bisher beigetreten“ (sagen die Namen). Bei Badem hat man nun, um die Seher zu täuschen, statt Sozialdemokratie „Uasittlichkeit“ gesetzt, und erst im Druckfals, dem Geheimraum, wo Aktien und dergleichen hergestellt werden, wurden die beiden Wörter ausgetauscht, jedoch wieder umgekehrt, bevor der Satz in die Schere zurückwanderte. Die „Köln. Volkszeitung“ ist nun mit, daß ihre Redaktion von diesem geheimen Druckerzeugnis für den staatsretterischen Betteilverband nichts gewagt habe, und die Buchdruckerei J. B. Badem rühmt sich in demselben Blatte, das Geheimnis der Druckertragegebe so sorgfältig bewahrt zu haben, daß die eigene Redaktion nichts davon erfahren konnte. Es zeigt sich, daß die Sozialdemokratie erst die Redaktion der „Kölnischen Volkszeitung“ über das unterrichten muß, was in der „Kölnischen Volkszeitung“ vor sich geht! Die „Reinliche Zeitung“ teilt bei dieser Gelegenheit ferner noch mit, daß die genannte Mitgliederliste des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie, der nichts weiter als ein Schanzschutzwort ist, insgesamt 379 Namen aufweist, darunter 58 Landräte, 47 Kommerzienräte, 72 Reichstags- und Landtags-Abgeordnete. Auch zahlreiche Herrenhäuserler wußte sie auf, darunter sogar Seine Durchlaucht den Prinzen Heinrich XXVIII. Reich j. 2.

Die badische Kammer für Reichstagsabgeordnete. Die zweite badische Kammer nahm Dienstag einflüchtig den Antrag an, wonach die Regierung ersucht wird, im Bundesrat dahin zu wirken, daß den Reichstagsmitgliedern Anwesenheitsgelder und freie Fahrt gewährt werde.

Wahlverfahren. Die Straßburger in Königsberg verurteilte den Schneidemüller Karl Eisenberger aus Königsberg zu einem Monat Gefängnis, weil er bei der Reichstagswahl auf Grund zweier im irrtümlich geglaubter Wahlabschlüsse in zwei Bezirken, einmal als Arbeiter, das andere Mal als Schneidemüller, gewählt hatte.

Wie man demontiert. Die Berliner „Welt am Montag“ hat bekanntlich erzählt, daß der preussische Kultusminister Staudt nach Weimar geschickt sei, um der Großherzogin gegen die Künstlervereinigung „Gesinnung“ Schutz zu suchen. Darauf antwortete die „Welt am Montag“: „Es ist nicht die Darstellung der „Welt am Montag“ herab auf Erden.“ Sept. heißt die „Welt am Montag“ ist, wie man ihr „Darstellung“ auf „Erden“ bringt. Sie

hatte nämlich behauptet, die Reise Staudts sei nach der Begründung des „Deutschen Künstlerbundes“ unternommen worden, in Wirklichkeit aber war sie schon vor der Begründung dieser modernen Künstlervereinigung erfolgt. Ferner ist Herr Staudt nicht eigens nach Weimar geschickt worden, sondern es war ohnehin ein „Höflichkeitsbesuch“ für den 18. Dezember geplant gewesen, der aber dann plötzlich acht Tage früher erfolgte. — Der Kern der Sache wird dadurch nicht berührt. Aber zu einem Dementi hat die Abwägung in solchen Neußerlichkeiten dem offiziellen Blatte vollkommen genügt. Eine andere Frage ist, ob das Vertrauen zu offiziellen Abteilungen dadurch erheblich gestärkt wird. Wer einmal so dementiert, dem glaubt man nicht, und wenn er auch die Wahrheit spricht. Der Großherzog hat übrigens seine ursprüngliche Absicht, das Protokollat des „Deutschen Künstlerbundes“ zu übernehmen, noch nicht ausgeführt. Vielleicht beruht aber auch die Darstellung des Berliner Blattes insoweit „auf Erfindung“, als sie behauptet hatte, daß die Reichsregierung gegen die verfehlte Kunststiftung ganz erfolglos verlaufen sei.

Der „Simplizissimus“ ist bekanntlich wieder einmal beschlagnahmt worden. Auf Veranlassung des Untersuchungsrichters am Landgericht München wurde in der Stuttgarter Druckerei des „Simplizissimus“ dessen Nr. 42 während des Druckes konfisziert. Die fertigen Nummern wurden unter Siegel genommen, der weitere Druck inhibiert. Diese Nummer des „Simplizissimus“ war eine Spezialnummer gegen das Zentrum. Sie war der Öffentlichkeit noch gar nicht zugänglich, da der „Simplizissimus“ erst Dienstags ausgegeben wird. Die Stuttgarter Stadtdirektion, der das Plüzieremplar vorgelegt worden war, hatte keinen Einspruch erhoben. Die Beschlagnahme erfolgte auf Grund des § 166 des Strafgesetzbuches, Vergehen gegen die Religion. Den Grund bildet ein Artikel, betitelt: „Die Erziehung zur Sittlichkeit, eine Fastenpredigt von Abraham a Santa Clara II“ (Verfasser: Dr. Thoma) und ein Bild von Negizet. In der „Fastenpredigt“ wird an die Polemik in der bayerischen Kammer gegen den „Simplizissimus“ angeknüpft und in der kräftigen Sprache des bekannten Fastenpredigers der Alexikalen zu Gemüte geführt, daß alle Höhe und Ehre für die Menschheit ohne und gegen die Geistlichkeit erreicht worden ist. Bezeichnend ist, daß am Sonnabend die Redaktion des „Simplizissimus“, die sich in München befindet, selbst erst von Stuttgart aus von der Beschlagnahme verständigt wurde. Es wird angenommen, daß ein Vertrauensbruch in München vorliegt, der die Gerichtsbehörde zum Einschreiten veranlaßte. — Der § 166, der die Gotteslästerung, insofern dadurch ein öffentliches Vergnügen gegeben wird, und die Beschimpfung religiöser Gebräuche und Einrichtungen mit Gefängnis bis zu drei Jahren bedroht, ist ein trauriges Ueberbleibsel der mittelalterlichen Scheiterhaufenkultur, das man schon längst hätte beseitigen sollen, zumal er ein Rautschparagraf ersten Ranges ist. Nach den Rudorffschen Erläuterungen zum Strafgesetzbuch können sogar Angriffe gegen einzelne Lehren der Bibel, Mißachtung Luther's, geringfügige Äußerungen über die unbesetzte Empfängnis der Maria u. als Vergehen gegen die Religion angesehen werden. Jetzt geht man noch weiter und benutzt den Schutzparagrafen der heiligen Einsicht als Angriffswaffe gegen die Pressefreiheit.

Vom Kampfplatze in Crimmitschau. Das Schöffengericht in Crimmitschau verurteilte den Geschäftsführer der Filiale des deutschen Zigarbeiter-Verbandes, unseren Genossen Albin Hecht, wegen angeblicher Beleidigung von 75 Crimmitschauer Fabrikanten, verurteilt durch ein Anfang September v. J. erscheinendes Flugblatt, zu zwei Wochen Gefängnis und den üblichen Nebenstrafen. Der Farbereibesitzer Selbmann wurde wegen Beleidigung Hecht's zu 100 Mark Geldstrafe verurteilt. — Gegen den Arbeiter Hecht mußte das Schöffengericht natürlich auf Gefängnis erkennen, während der reiche Fabrikant mit einer unbedeutenden Geldstrafe davon kommt. Steht die Ehre der Fabrikanten höher im Kurs, als die Ehre eines schlichten Arbeiters? Wie übrigens nach einer Dresdener Meldung bekannt, die aber noch der Bestätigung bedarf, soll sich das Reichsamt des Innern mit der Prüfung beschäftigt haben, ob von den öffentlichen Gewalten die reichsgesetzlichen Vorschriften während des Kampfes beobachtet worden seien. Nun, wenn man die Prüfung objektiv vorgenommen hat, wird man mancherlei Rechtsverletzungen durch die sächsischen Behörden haben feststellen können.

Professor Dr. Lehmann-Hohenberg in Kiel ist bekanntlich durch Urteil des Disziplinarhofes vom 28. Oktober v. J. seines Amtes entsetzt worden und zwar unter Befolgung von drei Viertel seines bisherigen Gehaltes. Dieses Urteil hat, wie jetzt näher bekannt wird, am 28. Dezember v. J. die kaiserliche Bestätigung gefunden und ist dieser Tage in Kiel eingetroffen. Lehmann-Hohenberg hat infolge dessen von der Universität Kiel mit einem Schreiben Abschied genommen, worin er seinen Standpunkt über die Stellung der Professoren als Beamte voll und ganz aufrecht erhält. Im übrigen wird der Genosse seine politische Tätigkeit in der bisherigen Weise fortsetzen.

Ein neuer Aufstand in Südwestafrika in Sicht? Nach einer telegraphischen Meldung des Gouvernements in Windhof wird eine Erhebung der Herero-Bevölkerung für möglich gehalten, ohne daß es bisher zu offenen Feindseligkeiten gekommen wäre. Gemeldet sind Ansammlungen bewaffneter Herero-Abteilungen von mehreren hundert Gewehren bei Okahandja und Ojohaja. Zur Befestigung stehen an weißen Stettkästen im Norden ca. 400 Mann, die mobil gemacht sind, mit 1 Gebirgs-geschütz und 3 Maschinengewehren. Die Befestigung von Okahandja ist auf 90 Mann und die von Windhof auf 100 Mann gebracht.

Neue politische Nachrichten. Der Geleientwurf über die Entschädigung unschuldiger Verhafteter verzögert sich nach der „Frankf. Ztg.“ deshalb im Bundesrat, weil er nicht nur Entschädigung für Zivilpersonen, sondern auch für die der Militärgerichtsbarkeit unterstellten Personen vorliegt. — Gegen das Ausweisungsgesetz macht sich anlässlich des Falles Delfor in Frankreich eine Opposition geltend. Der Deputierte Reimach legte dem Ausschuss der Liga der Menschenrechte eine Resolution vor, in der er unter Hinweis auf den Fall Delfor beantragt, die Regierung zu ersuchen, sie möge das Ausweisungsgesetz abschaffen oder diese Ausnahmemaßregel zum mindesten mit neuen Bürgschaften umgeben. — Nach einer Meldung

des „Daily Chronicle“ aus Melbourne wird ein starker Druck auf die Bundesregierung Australiens ausgeübt, damit dieselbe sich dem Proteste des Australischen Premierministers Seddon gegen die Einfuhr chinesischer Arbeiter in Transvaal anschließt. Die australische Arbeiterpartei und die liberale Partei organisieren öffentliche Kundgebungen von Australien, die in Südafrika gekämpft haben und erklären, sie hätten für ein weißes Südafrika und nicht für die Hand-Millionäre gekämpft.

Frankreich.

Die Präsidentenwahl in der Kammer. Zum Kammerpräsidenten wurde Brisson mit 255 Stimmen gewählt, der Prozeßist Vertran erhielt 219. Bei der Wahl der Vizepräsidenten unterlag Jaures (SD) mit 119 Stimmen gegen den Radikalen Germaine-Roche, welcher von der Opposition aufgestellt war, und der auch einige radikale Stimmen erhielt. In den Wandelgängen der Kammer herrschte die Ansicht vor, daß Jaures seine Niederlage seinem Verhalten in der Abrüstungsfrage verdanke. Eine Forderung des republikanischen Blocks als eine Folge des Wahlausfalls wird vielfach befürchtet.

Werftarbeiterstreik. Die Werftarbeiter der Schiffahrtsgesellschaft Fraissinet in Marseille haben die Arbeit eingestellt, um sich den ebenfalls ausständigen Arbeitern von Ajaccio und Bastia anzuschließen. Man glaubt, daß der Ausstand nur von kurzer Dauer sein wird.

Spanien.

Zum Matrosen-Ausstand meldet Wolffs Bureau aus Madrid: Die Schifferherren werden in nächster Zeit zusammenkommen, um über die Ausstandsfrage zu beraten. Ueber hundert Schiffe liegen in den spanischen Häfen wegen Mangel an Matrosen still. In Bilbao warfen die Ausständigen mit Steinen nach den Arbeitswilligen. In Barcelona werden die Unterhandlungen durch die Hartnäckigkeit der Arbeitgeber gehemmt. Die Zahl der Ausständigen wächst, die Unterhändler fliehen ihnen reichlich zu. Sie erklären, daß die Mannschaften der Postdampfer beim ersten Zeichen den Dienst niederlegen werden. — Ein allgemeiner Ausstand brach in Katala, Provinz Tarragona, infolge des seit drei Monaten andauernden Streikens aus. In allen Industriezweigen ruht die Arbeit.

Äfrika.

Schwere Niederlage der Somali. Die Engländer wollen im Kampfe gegen den „tollen“ Mullah einen erheblichen Sieg davongetragen haben. Amlich wird darüber gemeldet: General Egerton griff mit 2200 englischen und 1000 eingeborenen Truppen 5000 Somali bei Schibballi an, die anscheinend die Hauptmacht des Mullah bildeten. Der Feind ging zum Angriff vor, ergriß aber die Flucht, als er in der Flanke und in der Front beschossen wurde. Die englische Kavallerie verfolgte den Feind 10 Meilen weit. Die Verluste des Feindes werden auf 1000 Mann geschätzt. Zahlreiche Gefangene und 400 Gewehre fielen den englischen Truppen in die Hände. Die englischen Verluste betragen 41 Mann, darunter 2 Offiziere tot, 9 Offiziere verwundet und einer vermisst.

Amerika.

Ueber einen recht eigenartigen Putzstreik in Rio de Janeiro wird der „Frankf. Ztg.“ von dort gemeldet: Ein hier ausgebrochener Putzstreik, der als verkappte politische Bewegung angesehen wurde, ist von der Regierung niedergeschlagen worden. Land- und Seetruppen stehen noch immer in Bereitschaft. In der Stadt herrscht jedoch wieder Ruhe. — Der Fall ist doch noch sehr der Aufklärung bedürftig. Vielleicht hat die Regierung nur Gespür gesehen, um einen Grund zum Eingriff in den wirtschaftlichen Kampf zu haben.

Ostasien.

Rußland in Japan. Das „Reuter'sche Bureau“ meldet aus Tokio: „Dienstag Nachmittag hatte der Kaiser mit allen Kabinettsmitgliedern, fünf alten Staatsmännern, zwei Admiralen und dem General Rodama eine lange Besprechung. Es heißt, in dieser Beratung sei die Montag entworfen Antwort Japans an Rußland gebilligt worden. Diese Antwort wird als der letzte Schritt in den Verhandlungen betrachtet. Das öffentliche Interesse des Volkes an dem Ausgang ist bis zur Fieberhize gestiegen.“ Londoner Blätter melden noch, die dortige japanische Gesandtschaft habe eine amtliche Depesche aus Tokio erhalten, welche besage, Rußlands Antwort sei ungünstig und könne von Japan nicht angenommen werden. Japan werde, wenn Rußland nicht von seinem Standpunkt zurückgehe, gezwungen sein, schnell zu den Waffen zu greifen.

Lübeck und Nachbargebiete.

Mittwoch, den 13. Januar 1904

Man streitet ab. Die Direktion der Lübeck-Büchener Eisenbahn greift in Gemeinschaft mit der „Hanseatischen“ und „Hanseatischen“ Redaktion der „Lübeckischen Anzeigen“ zu allen nur erdenklichen Mitteln, um den Einfluß des Verbandes der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter auf den früheren Güterschluß abzuwehren. Jetzt behauptet man sogar geheimnistischerweise, daß die Eingabe der genannten Organisation an die Verwaltung der Lübeck-Büchener Eisenbahn bei Letzterer gar nicht eingegangen sei. Nähere Informationen unsererseits haben nun ergeben, daß auf Beschluß einer Versammlung der hiesigen Zählstelle des gen. Verbandes am 14. Dezember 1901 oben erwähnte Eingabe, in der um Einführung des 7-Uhr Güterschlusses ersucht wurde, an die Verwaltung per Post übermittelt worden ist. Als dann im Februar 1902 noch keine Antwort eingelaufen war, ist das Verhalten der Direktion im „Volksboten“ in der Nr. 29 scharf gegeißelt worden. Da wir nun doch wohl nicht zugeben in der Annahme, daß auch die Direktion der Bahn die sie betreffenden Sachen im „Volksboten“ liest, so müssen wir unserer Vermutung darüber Ausdruck geben, daß man nicht damals sofort die Notiz richtiggestellt und erklärt hat, die Eingabe sei gar nicht eingegangen. Das ist nicht geschehen und deshalb bleibt die Vermutung bestehen, daß man sich heute, so gut es eben geht, aus der Schlinge ziehen will. Und warum das alles? Weil man nicht zugeben will, daß auch der hier in Betracht kommende Verband im Interesse der Kasse und Güterbodenarbeiter sein gut Teil mit zur Einführung des

7-Uhr Güterschlusses beigetragen hat, ja, daß er in Verbindung mit dem Arbeiterorgan der eigentliche Veranstalter dieser Maßregel gewesen ist. Das wird auch jedem Leser des „Volksboten“ und jedem Kenner der Verhältnisse, sofern er nicht die Mühe der geheimnistischen Denkart einzulösen hat, einleuchten. — Wenn dann von dem geheimnistischen Verband behauptet wird, daß die Furcht vor dem Verbandsmitbestimmung gewesen sei bei Einführung dieser Maßregel, so verweisen wir demgegenüber darauf, daß sich die Direktion aus freien Stücken niemals hierzu entschlossen hätte. So viel sozialpolitisches Verständnis trauen wir den Herren nämlich gar nicht zu. Nachdem nun aber in der letzten Zeit unter den Güterbodenarbeitern eine tiefgehende Unzufriedenheit mit ihrer Lage herrscht, — die auch in einem im Februar oder März v. J. an die Verwaltung gerichteten Ersuchen um Lohnaufbesserung zum Ausdruck gebracht wurde — sah sich die Direktion, um die Güterbodenarbeiter nicht indirekt in den Verband hineinzutreiben, veranlaßt, wenigstens einer Forderung derselben zu entsprechen, ferner durch der „Entbehrungslohn“ voraussichtlich keine Schmälerung erfahren wird. Was war es also anderes als Furcht vor dem Verbands, was die Direktion nachgiebig gestimmt hat???

Die Wächter der Fabrik von Fricke u. Co., Moissinger Allee 70, sind wegen Lohn Differenzen ausständig geworden. Zugang ist ferngehalten.

In dem Prozeß Koch gegen 11 Mitglieder des Maurerverbandes hat das Gericht gestern abermalige Beweiserhebung beschlossen.

Eine dunkle Geschichte. Wir lesen in den „Lüb. Anzeigen“: „Die Bewohner der Schmiedestraße wurden in der Nacht von Montag auf Dienstag, etwa um 3 Uhr, durch den Knall eines Schusses aus dem Schlafe aufgeschreckt. Man sprang aus den Betten und eilte ans Fenster — nirgends etwas zu sehen. Als man das merkwürdige Ereignis genügend besprochen und sich wieder ins Bett gelegt hatte, fiel plötzlich ein zweiter Schuß. Von neuem große und allgemeine Aufregung, doch von dem Schützen war auch nicht eine Spur zu finden. Nach einer Weile hörten die Bewohner, die sich inzwischen wieder ins Bett begeben hatten, ein Schreien, anscheinend eine Drohsche angefahren kam, der Wagen schlag geöffnet und wieder zugemacht wurde und der Wagen eiligt wieder davon fuhr. Als es gestern morgen hell wurde, entdeckte man, daß in den Stockwerken des Hauses Schmiedestraße Nr. 16 Fenster von Kugeln durchlöchert waren. Ueber den Schützen konnte man in diesem bislang nichts erfahren, ebensowenig darüber, aus welcher Richtung die Schüsse gekommen und aus welchem Grunde und zu welchem Zwecke die Schüsse abgefeuert worden sind. In der Schmiedestraße wünscht man nichts sehnlicher, als daß die mysteriöse Geschichte aufgeklärt werde und der Schürge gegebenen Falles seine wohlverdiente Strafe erhalte.“

Die Dummen werden nicht alle. Vor der Strafkammer II des hiesigen Landgerichts fand dieser Tage eine Verhandlung statt, die einem unwillkürlich die Frage auf die Lippen drängt: Leben wir wirklich im 20. Jahrhundert? Wegen Betruges hatte sich nämlich die Ehefrau B. von hier zu verantworten. Der Sachverhalt ist kurz folgender: Einem Briefträger in Kageburg war sein kleines Kind derart erkrankt, daß zwei Ärzte bereits jede Hoffnung auf Rettung aufgegeben hatten. Dem Kater guter Freunde entsprechend wandte sich der Vater jetzt nach Lübeck an eine „weise“ Frau und zwar an die im Kiebau wohnhafte Angeklagte. Bei seinem ersten Zusammentreffen mit ihr stellte er an sie die Frage, ob sie die gekochte Frau sei. Diese beantwortete die Frage durch Kopfnicken und Auflegen der Finger auf die Brust. Jeder einigermaßen aufgeklärte Mensch hätte jetzt schon nach diesem Hofuspotus der „weisen“ Frau den Rücken gekehrt. Unser Briefträger jedoch schilderte derselben nun die Lage, worauf diese antwortete: „Das Kind hat einer unter.“ Der Briefträger fragte nun, ob denn das Kind verzahert sei. Hierauf lautete die Antwort: „Die Krankheit steht jetzt sofort, das Kind ist gerettet.“ Als „Heilmittel“ übergab sie dem Briefträger einen von ihr unter kleinem Gemurmel mit Kümmer und Will gefüllten Beutel mit der Weisung, demselben dem Kinde anzuhängen und innerhalb 3 Tagen keinen Menschen zu dem Kinde zu lassen. Dann sei das Kind gerettet, so wahr ein Gott im Himmel sei. Als Beigabe legte sie dann noch die Karten und weisagte hierauf nochmals die Heilung. Als Entschädigung erhielt die Angeklagte 2 Mk. Der Briefträger ließ nun auch die Ärzte nicht mehr zu dem Kinde, sondern verschloß einfach sein Haus. Nach einigen Tagen starb das Kind. Nunmehr wurde Anzeige gegen die Angeklagte erstattet und dieselbe vom Schöffengericht zu 1 Woche Gefängnis verurteilt. Auf beiden Seiten eingelegte Berufung hatte sich die Strafkammer mit der Sache zu beschäftigen. Diese erkannte gegen die Angeklagte, deren Treiben in den Urteilsgründen scharf gegeißelt wurde, auf eine Woche Gefängnis und 30 Mark Geldstrafe erst. weitere 10 Tage Gefängnis. Nur ihrem Alter und ihrer bisherigen Unbescholtenheit hat die Angeklagte es zuzuschreiben, daß die Gefängnisstrafe nicht erhöht worden ist.

— Zu einem literarischen Ereignis ersten Ranges gestaltete sich der gestrige Abend im Stadttheater. Bei leider nur mäßig besetztem Hause gab man Björnsons Drama vom „König“, dessen Aufführung bekanntlich in Preußen verboten ist. Das Drama mit seinem wichtigen Gedankeninhalt war — trotz der vielen Striche, die man daran vorgenommen — von durchaus pädagogischer Wirkung. Wir müssen es uns vorbehalten, auf diese Tragödie des Königtums ausführlich zurückzukommen, da es geradezu eine Beleidigung für den Dichter wäre, den Inhalt seines Dramas in wenigen Worten übers Knie zu brechen. Ueber die Darstellung kann nur in den Ausdrücken höchsten Lobes gesprochen werden. Arthur Hellmer als König, Felix Hoffert als Vertreter des republikanischen Prinzipals, Elie Mehnert als Alaric Ernst und die anderen mitwirkenden geradezu, ihr Bestes zu geben. Auch der Regie des Herrn Hoffert konnte man nur das höchste Lob zollen. Im übrigen können wir den Besuch der heutigen Wiederholung des Dramas nur empfehlen, denn man weiß ja nicht, ob sich nicht inzwischen Bestrebungen geltend machen, weitere öffentliche Aufführungen zu verhindern. In der „Republik“ Lübeck ist leider so etwas sehr wohl möglich.

Aus dem Gerichtssaal. Wie unseren Lesern wohl noch in Erinnerung sein dürfte, schwebte Mitte vor. J. vor dem Gewerbegericht eine Entschädigungsklage des Bäckereimeisters G. gegen den Kaufmann H. Derselben lag eine Forderung von 2000 Mk. zu Grunde; diese wurde damit begründet, daß G. von H. trotz 3jähriger Vertragszeit nach 1-jähriger Tätigkeit entlassen worden sei. H. hatte das Bestehen eines mündlichen Vertrages überhaupt bestritten. In diesen Prozeß, in dem G. unterlag, sollte nun Letzterer infolgedessen eingegriffen haben, als er dem B. einen Brief schrieb, in welchem er ihn mit einer Anzeige

wegen versuchter Verleitung zur Brandstiftung bedrohte, falls dieser sich nicht nachgiebig zeige. Gegen H. wurde darauf ein Strafverfahren wegen Nötigung eingeleitet. Das Schöffengericht nahm jedoch Erpressung an und verwies die Sache vor die Strafkammer. Diese aber sprach H. frei, nachdem festgestellt worden war, daß B. im Unmut einige unvorsichtige Äußerungen von Explodieren oder Aufbrennen gemacht hatte, die leicht zu falschen Auffassungen Veranlassung geben konnten.

Achtung, Zimmerer! Ueber die Firma Aktien-Gesellschaft für Hoch- und Tiefbau, vorm. Gebr. Selkmann, (Bahnhofstr.) ist die Sperre verhängt worden.

Handelsregister. Am 9. Januar 1904 ist eingetragen: 1. Die Firma A. Friedrich Haßmann in Lübeck; Inhaber: A. F. Haßmann, Pianofabrikant in Lübeck. 2. Die offene Handelsgesellschaft in Firma Derlien u. Heise in Lübeck; persönlich haftende Gesellschafter: C. F. Derlien und A. F. Heise, Kaufleute in Lübeck; die Gesellschaft hat am 8. Januar 1904 begonnen.

pb. Festgenommen wurde ein Arbeiter aus Schmachtenhagen, welcher seitens der Großherzoglichen Staatsanwaltschaft Ahrensbock, wegen Betruges fahrlässig verfolgt wurde.

Entin. Eine Gemeinderatsitzung tagt am Freitag 6 Uhr mit folgender Tagesordnung: 1. Bebauungsplan zwischen Weberhain und Weidestraße; 2. Einschätzung zum Hauschoß; 3. Regulierung des Hauschoßes; 4. Geschäft; 5. Verschiedenes.

Reinhold. In einer stark besuchten Versammlung des hiesigen Bildungsvereins hielt Sonnabend der Genosse Bartels-Lübeck einen Vortrag über: „Der Darwinismus im Lichte der Naturerkenntnis“. Derselbe wurde mit großem Beifall aufgenommen. — Es geht vorwärts! Eine Zählstelle des Fabrik-, Land- und Hilfsarbeiter-Verbandes ist hier mit 35-40 Mitgliedern gegründet worden. Bravo!

Kleine Chronik der Nachbargebiete. Das Chicagoer Brandunglück hat auch eine Witwe Müller in Altona schwer getroffen. Sie erhielt von ihrem Schwiegereltern, einem Kaufmann Crampton in Chicago, die Nachricht, daß ihre Tochter und deren drei Kinder bei dem Brande des Troquais Theaters umgekommen seien. Die unglückliche Frau ist infolge dieser Nachricht schwer erkrankt. — Die bei dem dänischgefunten Postbesitzer Hansen in Slingsten in Dienst befindlichen dänischen Interimisten erhielten, wie aus Altona gemeldet wird, nach Verhör bei dem Amtsvorsteher die Aufforderung, ihren Dienst innerhalb 24 Stunden zu verlassen. — Aus Wittenburg wird gemeldet: Am letzten Donnerstag erhängte sich im benachbarten Tesdorf der Erbpächter Johann Raht. Wie jetzt berichtet wird, hatte Raht mit einem Dienstmädchen in geschlechtlichem Verkehr gestanden, was nicht ohne Folgen geblieben. Raht hat dem schwangeren Mädchen Abtreibungsmittel, unter anderem auch grüne Seife, zum Einnehmen gegeben. Da das Mädchen später erkrankte und die Sache durch dasselbe ruchbar wurde, wird der Selbstmord des Erbpächters zurückgeführt auf die Furcht vor der gerichtlichen Sühne seiner Handlungen. — In Stove bei Wismar erkrankte der 4-jährige Sohn eines Stellmachers beim Spielen auf dem Eise.

Bremen. 400 Arbeiter der Bremer Jute-Spinnerei und Weberei in Hemelingen sind seit Montag wegen Differenzen mit der Fabrikleitung ausständig. Es ist Aussicht vorhanden, daß die Differenzen bald beseitigt werden, da Unterhandlungen eingeleitet worden sind. — Wie oben gemeldet wird, ist der Ausstand gestern Mittag durch Beilegung der Differenzen mit der Fabrikleitung beendet worden.

Lübenburg. Ein schrecklicher Doppelmord ist hier gestern Morgen entdeckt worden. In einem Hause an der Rosenstraße war ein Zimmerbrand ausgebrochen. Als man die Leichenarbeiten in Angriff nahm, fand man die Witwe Melle und ihre 12-jährige Tochter tot vor. Zunächst herrschte die Annahme, daß die beiden Frauen bei dem Brande ums Leben gekommen seien. Die genauere Untersuchung aber ergab, daß hier ein Doppelmord vorlag. Beiden Frauen war nämlich die Schädeldede zertrümmert worden. Die Untersuchung wird hoffentlich Licht in diese dunkle Angelegenheit bringen.

Beste Nachrichten.

Magdeburg. Ueberfahren und vollständig verflümmelt wurde nach der Stationsassistent Sauer auf dem Bahnhof Budau. Er hinterläßt Frau und sechs Kinder.

Chemnitz. Diebischer Postbote. Ein beim hiesigen Bahnhofsamt beschäftigter Postbote namens Schubert wurde in Haft genommen, weil er als überführt gilt, am 27. Dezember v. J. aus dem Abteil eines von Stobberg nach Chemnitz bestimmten Personenzuges einen Geldbriefbeutel entwendet zu haben.

Göttingen. Scheßfälscher. Der Buchhalter Busse von der Getreidefirma Eichenberg ist, nachdem er einen gefälschten Scheck in Höhe von 6000 Mk. bei der Reichsbankstelle verwertet hatte, gefaßt.

Warschau. Bei einer Explosion in der Vottinschen Naphtagrube im Kaufhaus wurden mehr als 100 Personen getötet. — Unlänglich eines Trauergottesdienstes in der Synagoge in Robinsk brach plötzlich der Fußboden ein. Mehrere hundert Personen stürzten in den darunter befindlichen Keller. Ueber 200 Personen wurden getötet und mehrere andere verletzt.

Mailand. Verbrecherischer Anschlag gegen einen japanischen Kreuzer. Wie aus Genoa gemeldet wird, wäre der japanische Kreuzer „Mitsin“ bei seiner Abfahrt brinnend das Opfer eines furchtbaren Anschlages geworden. Von verbrecherischer Hand war ein Eisenstück so in die elektrische Leitung eingefügt worden, daß eine Explosion des benachbarten Munitionstraumes hätte erfolgen müssen. Das Eisen wurde noch rechtzeitig entfernt.

Neu Vork. Grubenunglück. In der Grube Grandalgar in Mexiko fand eine Dynamitexplosion statt, wobei 20 Bergarbeiter getötet und 40 verletzt wurden.

Quittung.

Für die Grummitschauer Textilarbeiter gingen ein: Aus dem Betriebe des „Gen.-Anz.“ 940. Personen der Simonsbäckerei 4. — Bereits quittiert 7023,55 Mk. Summa 7036,95 Mk. — Vom Ueberfluß der Weihnachtsfeier des Holzarbeiter-Verbandes 50. — Zuf. 7036,95 Mk. Expedition des „Lüb. Volksboten“

Sternschanz-Viehmarkt.

Hamburg, 12. Januar.
Der Schweinehandel verlief ruhig.
Zugeführt wurden 3500 Stück. Preis: Gengschweine — 47-48 Mk., Landfleischschweine — 47-48 Mk., Sauen 42-45 Mk. und Ferkel 41-47 Mk. pro 100 Pfund.

aus Italien einwandernden Arbeitern untersuchen zu lassen? Fremde Oefen werden untersucht, die fremden Arbeiter aber werden einfach eingestellt und stecken ihre Arbeiter an. Die Zeitungen verbreiten nun die Meldung, die Krankheit sei zum Teile erloschen. „Der Kampf“, das Organ der Knappschaftsgenossenschaft brachte vor kurzem eine Notiz, daß die Krankheit im Ruhrrevier so gut wie erloschen sei. Tatsächlich sind noch Hunderte und Tausende von Bergarbeitern mit Wurmkrankheit befallen. Die Hauptsache ist, daß das Reich den Begegnen ein wirksames Desinfektionsmittel zur Verfügung stellt, daß die Ärzte in einem zu schaffenden Institut genügend ausgebildet werden. Die Verheilung der Begegnen darf nicht aufhören. Ich hoffe, daß die Regierung energische Maßnahmen ergreift, damit unter den Bergarbeitern und auch in der allgemeinen Bevölkerung eine gewisse Beruhigung eintritt. (Lebhafter Beifall b. d. Sg.)

Graf v. Posadowsky: Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die Wurmkrankheit unter den Bergleuten einen so ersten Charakter angenommen hat, daß Wissenschaft und Technik unabweislich verpflichtet sind, dafür zu sorgen, daß alles geschieht, was zur Bekämpfung dieser Krankheit nützlich und notwendig ist und daß namentlich Staat und Private keine Opfer scheuen dürfen, um alle Maßnahmen zu ergreifen, die Wissenschaft und Technik für notwendig halten. Der Staatssekretär läßt sich über die Verhältnisse in den nichtpreussischen Staaten, Bayern, Sachsen und in Elsaß-Lothringen aus. In Bayern sind zwei, in Sachsen bisher vier Fälle von Wurmkrankheit ermittelt worden, alle bei Arbeitern, die vorher in den rheinisch-westfälischen Gruben gearbeitet hatten. Alle Bergarbeiter, die seit 1901 aus verdächtigen Revieren zugezogen sind, müssen untersucht werden. In Elsaß-Lothringen wurden 7 Fälle festgestellt. Auch hier wie in Bayern und Sachsen sind bergpolizeiliche Vorbeugungsmaßnahmen getroffen worden. Der Kriegsminister hat mir in einem Schreiben mitgeteilt, daß die Militärärzte auf die Wurmkrankheit aufmerksam gemacht wurden. Bisher sind 40 Fälle von Wurmkrankheit in der Armee gemeldet worden, 39 der Erkrankten stammen aus dem rheinisch-westfälischen Revier. Sechs der Erkrankten wurden wegen hochgradiger Mutarmut entlassen; bei 28 nach Ableistung ihrer zweijährigen Dienstzeit als gesunde Entlassenen wurde gelegentlich ihrer Untersuchung durch Knappschaftsärzte der Nachweis von Wurmkeimern erbracht. Diese waren nicht wurmkranke, sondern sonst ganz gesunde Leute von meist blühender Gesichtsfarbe, sogenannte Wurmträger. Durch die Armee ist eine Verbreitung der Krankheit in der Zivilbevölkerung nicht zu befürchten, denn eine Ansteckung von Person zu Person ist nach den bisherigen wissenschaftlichen Feststellungen ausgeschlossen. Der Vorredner hat verlangt, daß die Bekämpfung der Wurmkrankheit in die Hände des Reiches gelegt werde. Das ist nicht ausführbar und nicht notwendig. Nicht notwendig, weil die Einzelstaaten im Besitz des ärztlichen Materials, wie der wissenschaftlichen Institute sind, nicht ausführbar, weil die Verhütung nicht in den Händen des Reiches, sondern der Einzelstaaten liegt. Diese haben alles getan, was zur Bekämpfung der Seuche notwendig ist. Herr Sachse hat weiter behauptet, daß die Wurmkrankheit benutzt wird, um die Freizügigkeit der Arbeiter zu beschränken. Eine solche, die Ehre der Begegnen ist so schwer verletzende Behauptung dürfte nicht ohne einen schlüssigen Beweis aufgestellt werden. (Sehr richtig! recht.) Eine solche Handlung von Seiten einer Begegnen würde von ganz ehelicher Genugung zeugen; bisher ist aber nicht die Spur eines Beweises dafür erbracht worden. Wenn man dazu beitragen will, die Bewegung unter den Bergarbeitern zu mildern, darf man eine solche Behauptung nicht aufstellen, ohne einen klaren, positiven Beweis.

Preussischer Handelsminister Möller: Ich erkenne durchaus an, daß die „Bergarbeiterzeitung“ namentlich zu Anfang viel dazu beigetragen hat, den Arbeitern die Gefahren der Wurmkrankheit vor Augen zu führen und sie zur Mäßigkeit anhalten. Die Aufrechterhaltung und Durchführung der Reinlichkeit ist der Hauptpunkt bei der Bekämpfung der Seuche. Die ersten bemerkenswerten Spuren der Seuche, die vielleicht durch italienische Arbeiter aus den Toren zu uns gekommen ist, traten bei uns Anfang der 90er Jahre in die Erscheinung. Man untersuchte zunächst nur die blutarm erscheinenden Arbeiter und schloß daraus irrtümlicherweise auf eine sehr geringe Zahl von Wurmkranken. 1895 erklärte Professor Löffler eine Kontrolle der Arbeiter- und Reinlichkeitsmaßnahmen, insbesondere die Anlage von Aborten im Innern der Begegnen, für notwendig. 1896 erging eine entsprechende Verordnung des Oberbergamtes. In der ersten Zeit wurde nicht mit dem rechten Ernst an die Sache herangegangen, weil man die volle Gefahr nicht erkannte. 1900 wurden die bergpolizeilichen Vorschriften verschärft. Trotzdem zeigte sich bis 1902 wieder eine erhebliche Zunahme der Krankheit. 1903 wurde ermittelt, daß zwar die Seuche wieder zugenommen, daß aber die Mehrzahl der Wurmträger nur wurmbefallen, aber nicht wurmkranke war, daß heißt, sie waren äußerlich vollständig wohl, litten aber nicht desto weniger eine Gefahr für ihre Mitarbeiter. Anfang 1903, nach den Verhandlungen hier im Reichstag, wurde eine Konferenz im Handelsministerium einberufen. Es wurde eine ärztliche Untersuchung eines bestimmten Prozentsatzes der Arbeiter angeordnet. 1903 Prozent der Untersuchungen wurden als wurmkranke befunden. 60 Prozent dieser Kranken gelang es, durch sofortige Behandlung zu heilen. Mit Sicherheit kann behauptet werden, daß die größte Gefahr überstanden ist, wenn es auch noch mehrere Jahre bis zur Beilegung der Seuche dauern wird. Eine Abhilfe, die Freizügigkeit zu beschränken, liegt uns gewiß völlig fern, aber die indirekte Einschränkung des Begehens der Arbeiter ist nicht zu leugnen, das ist nicht zu ändern. Die fremden Arbeiter sollen ja auch nach den Wünschen des Abg. Sachse genau untersucht werden. Wir hoffen, die Krankheit bald wieder auf den kleinen Herd zu beschränken, den sie vor 5 Jahren hatte.

Im Antrag des Abg. Singer bezieht sich das Haus die Bekämpfung der Wurmkrankheit und verlangt, daß dem auf Mittwoch 1 Uhr. (Fortsetzung der Interpellation über die Wurmkrankheit und weitere Interpellationen.)

Schluß 6 Uhr.

Politische Standpunkte.

Deutschland.

Ein geheimnisvolle Gründung. Dem „Düsseldorfer Arbeiter“ hat ein gewisser Herr verschiedene Nachrichten auf den Reichtum des Reiches, die allgemeine Stimmung und die politische Lage gegeben. Der Herr, der sich als „Johann Bach“ gibt, ist streng vertraulichen Beschlusses eines 4 Mann starken Initiativkomitees des Mitteleuropäischen Wirtschafts-Bundes in Deutschland. Unter anderem soll er eine Erklärung abgeben, daß er am 21. Januar d. J. in Berlin die Abgeordneten des Reichstages zu sehen habe. Die Zeit, die er in Berlin verbrachte, sei sehr reichhaltig gewesen.

Natur und deshalb ist es auch „patriotische“ Pflicht der Unternehmer, mitzumachen. Die Ziele des Bundes sind in den Erläuterungen zu dem „Streng vertraulichen“, aber höchst dunkeln und verschwommenen Aufsatze kurz so zusammengefaßt: 1. Der Mitteleuropäische Wirtschafts-Bund erstrebt eine Bollung der mitteleuropäischen Staaten. Er hält den Plan einer solchen aus politischen und wirtschaftlichen Gründen nicht für durchführbar. 2. Die Wirtschaftsbündnisse als solche will der Mitteleuropäische Wirtschafts-Bund nicht in Frage stellen, aber ernsthaft prüfen, ob ihre Gewährung nicht an die Forderung zu knüpfen sei, daß gewisse Zollmaxima auch vom Ausland nicht überschritten werden oder, wenn das der Fall, daß dann auf anderem Gebiete Gegenleistungen gewährt werden (Reziprozitätsverträge), ein Grundsatz, der Aussicht auf Annahme nur dann hat, wenn eine Anzahl Staaten ihn gemeinsam proklamieren. 3. Den Staaten selbst will er durch Vereinfachung des Grenzschutzes Kosten von Bedeutung sparen, in der Erwägung, daß auch der Grenzschutz des einen Staates bis zu gewissem Grade für den anderen arbeiten kann. 4. Der Bund will die Errichtung von amtlichen Zollkontrollstellen und vor allem von Zollschlichtungsgerichten erwirken. 5. Er will die vielerlei anderen Aufgaben wahrnehmen, die sich einem Verein mit dem bezeichneten Programm aus der stets wachsenden internationalen Verflechtung der Wirtschaften ergeben. 6. Er will sich dabei keiner einzelnen Partei oder Parteigruppe verschreiben, vielmehr alle auf dem Boden positiver Arbeit stehenden politischen Parteien zur Mitarbeit heranziehen. 7. Er vertritt auch wirtschaftspolitisch keinerlei Tendenz. — Jedenfalls ist es auffällig, daß die zweifellos patriotischen Initiatoren ihre patriotischen Taten jetzt nicht so geheimnisvoll einleiten. Man weiß nicht recht, was die Herrschaften eigentlich zu tun beabsichtigen, wenigstens sind die Zirkulare so zweideutig als irgend möglich. Es scheint fast, als sei das „Initiativkomitee“ — eine sehr gemischte Gesellschaft — aus Verzweiflung über den Zolltarif zusammengekommen. Für das deutsche Initiativkomitee haben 42, für das österreichische 32 und für das ungarische 17 Herren unterzeichnet. Für die Bonität des Geheimbundes bürgen diese Namen, die wir unter den 42 deutschen Patrioten herausgreifen: Prinz von Arenberg, Ballin, Baiermann, Dr. Hammer, v. Karlowitz, Prof. Lexis, Graf zu Limburg-Stirum, Dr. Mehnert, jüdischer Kammerpräsident, Dr. Baasche, Dr. Schäffle (+), Schlumberger, Freiherr v. Schorlemer, Mitglied des preuss. Herrenhauses, Bopplius, Zentralverb. d. Industriellen, Prof. Jul. Wolf.

Die Wahlprüfungs-Kommission des Reichstages hielt Dienstag eine kurze Besprechung ab. Der Vorsitzende Wellstein (Ztr.) teilte mit, daß gegen 81 Wahlproteste eingelaufen seien. Zu ihrer schnellen Erledigung wolle er Dienstag, Mittwoch und Donnerstag vormittags Sitzungen einberufen. Von freisinniger Seite wurde angeregt, zwei Wahlprüfungs-Kommissionen zur Beschleunigung der Prüfungen einzusetzen. Man machte darauf aufmerksam, daß diesmal die Zahl der Proteste geringer als in früheren Jahren sei, auch bedürfe es zur Einsetzung einer zweiten Kommission eines Beschlusses des Plenums. Man glaubte deshalb, auf einen zweiten Auspruch verzichten zu können.

Die Geheimnisse des „Reichsverbandes“. Unser Parteivorstand in Köln ist in der Lage mitzuteilen, daß der „Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie“ seine geheimen Druckereien in der Bachemischen Druckerei herstellt, das heißt im Geschäftsbetrieb der ultramontanen „Kölnischen Volkszeitung“. Sowohl das Programm und das Einladungsformular wie auch die Mitgliederliste sind in der Bachemischen Druckerei hergestellt worden und zwar unter Anwendung origineller Vorsichtsmaßnahmen, damit nur ja das Geheimnis gewahrt bleiben sollte. Ein Beispiel: In der Mitgliederliste, die an der Spitze den Vermerk „Vertraulich“ trägt, heißt es in der Überschrift: „Dem Kaiser zur Begründung eines Verbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie sind bisher beigetreten“ (folgen die Namen). Bei Bachem hat man nun, um die Seher zu täuschen, statt Sozialdemokratie „Nationalität“ gesetzt, und erst im Druckfahle, dem Geheimraum, wo Aktien und dergleichen hergestellt werden, wurden die beiden Wörter ausgetauscht, jedoch wieder umgekehrt, bevor der Satz in die Seherlei zurückwanderte. Die „Köln. Volkszeitung“ teilt nun mit, daß ihre Redaktion von diesem geheimen Druckvertrage für den sozialdemokratischen Parteivorstand nichts gewußt habe, und die Buchdruckerei J. P. Bachem rümpelt sich in demselben Blatte, das Geheimnis der Druckereiübergeber so sorgfältig bewahrt zu haben, daß die eigene Redaktion nichts davon erfahren konnte. Es zeigt sich, daß die Sozialdemokratie erst die Redaktion der „Kölnischen Volkszeitung“ über das unterrichtete muß, was in der „Kölnischen Volkszeitung“ vor sich geht! Die „Rheinische Zeitung“ teilt bei dieser Gelegenheit ferner noch mit, daß die gedruckte Mitgliederliste des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie, der nichts weiter als ein Schatzkammerverband ist, insgesamt 379 Namen aufweist, darunter 58 Landräte, 47 Kommerzienräte, 72 Reichstags- und Landtags-Abgeordnete. Auch zahlreiche Herrenhändler weiß sie auf, darunter sogar Seine Durchlaucht der Prinzgen Heinrich XXVIII. Reich i. L.

Die bayerische Kammer für Reichstagsdiäten. Die zweite bayerische Kammer nahm Dienstag einstimmig den Antrag an, wonach die Regierung ersucht wird, im Bundesrat dahin zu wirken, daß den Reichstagsmitgliedern Anwesenheitsgelder und freie Fahrt gewährt werde.

Wahlberechtigung. Die Straßburger in Königsberg verurteilte den Schneidermeister Karl Eisenberger aus Königsberg zu einem Monat Gefängnis, weil er bei der Reichstagswahl auf Grund seiner im unrichtig angegebenen Wahlort in zwei Bezirken, einmal als Arbeiter, das andere Mal als Schneidermeister, gewählt hatte.

Wie man demontiert. Die Berliner „Welt am Montag“ hat bekanntlich erzählt, daß der preussische Kultusminister Stadt nach Weimar geschickt sei, um den Großherzog gegen die Republikaner zu „begleiten“. Dieser zu machen. Darauf antwortete die „Köln. Volkszeitung“ sehr richtig: „Die Darstellung der „Welt am Montag“ beruht auf Erfindung.“ Jetzt stellt die „Welt am Montag“ sich, indem sie „Darstellung“ auf „Erfindung“ beruft. Sie

hatte nämlich behauptet, die Reichs-Studis sei nach der Begründung des „Deutschen Künstlerbundes“ unternommen worden, in Wirklichkeit aber war sie schon vor der Begründung dieser modernen Künstlervereinigung erfolgt. Ferner ist Herr Studis nicht eigens nach Weimar geschickt worden, sondern es war ohnehin ein „Höflichkeitsempfang“ für den 18. Dezember geplant gewesen, der aber dann plötzlich acht Tage früher erfolgte. — Der Kern der Sache wird dadurch nicht berührt. Aber zu einem Dementi hat die Abweisung in solchen Angelegenheiten dem offiziellen Blatte vollkommen genügt. Eine andere Frage ist, ob das Vertrauen zu offiziellen Ablegungen dadurch erheblich gestärkt wird. Wer einmal so demontiert, dem glaubt man nicht, und wenn er auch die Wahrheit spricht. Der Großherzog hat übrigens seine ursprüngliche Absicht, das Protokollat des „Deutschen Künstlerbundes“ zu übernehmen, noch nicht ausgeführt. Vielleicht beruht aber auch die Darstellung des Berliner Blattes insoweit „auf Erfindung“, als sie behauptet hatte, daß die Reichsregulation gegen die verfehmte Kunststrichtung ganz erfolglos verlaufen sei.

Der „Simplizissimus“ ist bekanntlich wieder einmal beschlagnahmt worden. Auf Veranlassung des Untersuchungsrichters am Landgericht München wurde in der Stuttgarter Druckerei des „Simplizissimus“ dessen Nr. 42 während des Druckes konfisziert. Die fertigen Nummern wurden unter Siegel genommen, der weitere Druck inhibiert. Diese Nummer des „Simplizissimus“ war eine Spezialnummer gegen das Zentrum. Sie war der Öffentlichkeit noch gar nicht zugänglich, da der „Simplizissimus“ erst Dienstags ausgegeben wird. Die Stuttgarter Stadtdirektion, der das Pflichtexemplar vorgelegt worden war, hatte keinen Einspruch erhoben. Die Beschlagnahme erfolgte auf Grund des § 166 des Strafgesetzbuches, Vergehen gegen die Religion. Den Grund bildet ein Artikel, betitelt: „Die Erziehung zur Sittlichkeit, eine Fastenpredigt von Abraham a Santa Clara II“ (Verfasser: Dr. Thoma) und ein Bild von Kneipitzel. In der „Fastenpredigt“ wird an die Polemik in der bayerischen Kammer gegen den „Simplizissimus“ angeknüpft und in der kräftigen Sprache des bekannten Fastenpredigers den Merkmalen zu Gemüte geführt, daß alle Höhe und Ehre für die Menschheit ohne und gegen die Geistesfreiheit erreicht worden ist. Bezeichnend ist, daß am Sonnabend die Redaktion des „Simplizissimus“, die sich in München befindet, selbst erst von Stuttgart aus von der Beschlagnahme verständigt wurde. Es wird angenommen, daß ein Vertrauensbruch in München vorliegt, der die Verantwortlichkeit zum Einschreiten veranlaßt. — Der § 166, der die Gotteslästerung, insofern dadurch ein öffentliches Vergehen gegeben wird, und die Beschimpfung religiöser Gebräuche und Einrichtungen mit Gefängnis bis zu drei Jahren bedroht, ist ein trauriges Ueberbleibsel der mittelalterlichen Scheiterhaufenkultur, das man schon längst hätte beseitigen sollen, zumal er ein Rautschutparagraf ersten Ranges ist. Nach den Rudorffschen Erläuterungen zum Strafgesetzbuch können sogar Angriffe gegen einzelne Lehren der Bibel, Mißachtung Luthers, geringfügige Äußerungen über die unbeschnittene Empfängnis der Maria u. als Vergehen gegen die Religion angesehen werden. Jetzt geht man noch weiter und benutzt den Schutzparagrafen der heiligen Schrift als Angriffswaffe gegen die Pressefreiheit.

Vom Kampflage in Crimmitschau. Das Schöffengericht in Crimmitschau verurteilte den Geschäftsführer der Filiale des deutschen Textilarbeiter-Verbandes, unseren Genossen Albin Hecht, wegen angeblicher Beleidigung von 75 Crimmitschauer Fabrikanten, verurteilt durch ein Urteyl September v. J. erscheinendes Flugblatt, zu zwei Wochen Gefängnis und den üblichen Nebenstrafen. Der fürberesitzer Selbmann wurde wegen Beleidigung Hechts zu 100 Mark Geldstrafe verurteilt. — Gegen den Arbeiter Hecht mußte das Schöffengericht natürlich auf Gefängnis erkennen, während der reiche Fabrikant mit einer unbedeutenden Geldstrafe davon kommt. Steht die Ehre der Fabrikanten höher im Kurs, als die Ehre eines schlichten Arbeiters? Wie übrigens nach einer Dresdenener Meldung veranlaßt, die aber noch der Befestigung bedarf, soll sich das Reichsamt des Innern mit der Prüfung beschäftigt haben, ob von den öffentlichen Gewalten die reichsgerichtlichen Vorschriften während des Kampfes beobachtet worden seien. Nun, wenn man die Prüfung objektiv vorgenommen hat, wird man mancherlei Rechtsverletzungen durch die sächsischen Behörden haben feststellen können.

Professor Dr. Lehmann-Hohenberg in Kiel ist bekanntlich durch Urteil des Disziplinargesetzes vom 28. Oktober v. J. seines Amtes entsetzt worden und zwar unter Belastung von dreiviertel seines bisherigen Gehaltes. Dieses Urteil hat, wie jetzt näher bekannt wird, am 28. Dezember v. J. die kaiserliche Bestätigung gefunden und ist dieser Tage in Kiel eingetroffen. Lehmann-Hohenberg hat infolge dessen von der Universität Kiel mit einem Schreiben Abschied genommen, worin er seinen Standpunkt über die Stellung der Professoren als Beamte voll und ganz aufrecht erhält. Im übrigen wird der Gemahrgestellte seine politische Tätigkeit in der bisherigen Weise fortsetzen.

Ein neuer Aufstand in Südwestafrika in Sicht? Nach einer telegraphischen Meldung des Gouvernements in Windhof wird eine Erhebung der Herero-Bevölkerung für möglich gehalten, ohne daß es bisher zu offenen Feindseligkeiten gekommen wäre. Gemeldet sind Ansammlungen bewaffneter Herero-Abteilungen von mehreren hundert Gewehren bei Otahandja und Otjopain. Zur Verfügung stehen an weißen Streitkräften im Norden ca. 400 Mann, die mobil gemacht sind, mit 1 Gebirgs-geschütz und 3 Maschinengewehren. Die Befestigung von Otahandja ist auf 90 Mann und die von Windhof auf 100 Mann gebracht.

Neue politische Nachrichten. Der Geheime Rat über die Entschädigung unschuldig Verhafteter verhandelt sich nach der „Frankf. Zig.“ deshalb im Bundesrat, weil er nicht nur Entschädigung für Privatpersonen, sondern auch für die der Militärgerichtsbarkeit unterstellten Personen vorsieht. — Gegen das Ausweisungsrecht macht sich anlässlich des Falles Delfor in Frankreich eine Opposition geltend. Der Deputierte Reinach legte dem Ausschuss der Liga der Menschenrechte eine Resolution vor, in der er unter Hinweis auf den Fall Delfor beantragte, die Regierung zu ersuchen, sie möge das Ausweisungsrecht abschaffen oder diese Ausnahmemaßregel zum mindesten mit neuen Bürgschaften umgeben. — Nach einer Meldung

des „Daily Chronicle“ aus Melbourne wird ein starker Druck auf die Bundesregierung Australiens ausgeübt, damit dieselbe sich den Protesten des Australischen Premierministers Seddon gegen die Einfuhrung chinesischer Arbeiter in Transvaal anschließt. Die australische Arbeiterpartei und die liberale Partei organisieren öffentliche Kundgebungen von Australiern, die in Südafrika gekämpft haben und erklären, sie hätten für ein weißes Südafrika und nicht für die Hand-Millionäre gekämpft.

Frankreich.

Die Präsidentenwahl in der Kammer. Zum Kammerpräsidenten wurde Brisson mit 255 Stimmen gewählt, der Progressist Vertraud erhielt 219. Bei der Wahl der Vizepräsidenten unterlag Jaures (SD) mit 119 Stimmen gegen den Radikalen Germain-Macé, welcher von der Opposition aufgestellt war, und der auch einige radikale Stimmen erhielt. In den Wandelgängen der Kammer herrschte die Ansicht vor, daß Jaures seine Niederlage seinem Verhalten in der Abküstungsfrage verdanke. Eine Lockerung des republikanischen Blocks als eine Folge des Wahlausfalls wird vielfach befürchtet.

Verstarbeiterstreik. Die Verstarbeiter der Schiffahrtsgesellschaft Fraissinet in Marseille haben die Arbeit eingestellt, um sich den ebenfalls ausständigen Arbeitern von Ajaccio und Bastia anzuschließen. Man glaubt, daß der Ausstand nur von kurzer Dauer sein wird.

Spanien.

Zum Matrosen-Ausstand meldet Wolffs Bureau aus Madrid: Die Schifferheben werden in nächster Zeit zusammenkommen, um über die Ausstandfrage zu beraten. Ueber hundert Schiffe liegen in den spanischen Häfen wegen Mangel an Matrosen still. In Bilbao warfen die Ausständigen mit Steinen nach den Arbeitswilligen. In Barcelona werden die Unterhandlungen durch die Hartnäckigkeit der Arbeitgeber gehemmt. Die Zahl der Ausständigen wächst, die Unterhändler fliehen ihnen zerschlagen zu. Sie erklären, daß die Mannschaften der Postkämpfer beim ersten Zeichen den Dienst niederlegen werden. — Ein allgemeiner Ausstand brach in Valis, Provinz Tarragona, infolge des seit drei Monaten andauernden Streikfreies aus. In allen Industriezweigen ruht die Arbeit.

Afrika.

Schwere Niederlage der Somali. Die Engländer wollen im Kampfe gegen den „tollen“ Mullah einen erheblichen Sieg davongetragen haben. Amlich wird darüber gemeldet: General Egerton griff mit 2200 englischen und 1000 eingeborenen Truppen 5000 Somali bei Schibbali an, die anscheinend die Hauptmacht des Mullah bildeten. Der Feind ging zum Angriff vor, ergriff aber die Flucht, als er in der Flanke und in der Front beschossen wurde. Die englische Kavallerie verfolgte den Feind 10 Meilen weit. Die Verluste des Feindes werden auf 1000 Mann geschätzt. Zahlreiche Gefangene und 400 Gewehre fielen den englischen Truppen in die Hände. Die englischen Verluste betragen 41 Mann, darunter 2 Offiziere tot, 9 Offiziere verwundet und einer vermisst.

Amerika.

Ueber einen recht eigenartigen Putschversuch in Rio de Janeiro wird der „Frankf. Ztg.“ von dort gemeldet: Ein hier ausgebrochener Aufstand, der als verkappte politische Bewegung angesehen wurde, ist von der Regierung niedergeschlagen worden. Land- und Seetruppen stehen noch immer in Bereitschaft. In der Stadt herrscht jedoch wieder Ruhe. — Der Fall ist doch noch sehr der Aufklärung bedürftig. Vielleicht hat die Regierung nur Gespäster gesehen, um einen Grund zum Eingriff in den wirtschaftlichen Kampf zu haben.

Ostasien.

Rußland in Japan. Das „Reuter'sche Bureau“ meldet aus Tokio: „Dienstag Nachmittag hatte der Kaiser mit allen Kabinettsmitgliedern, fünf alten Staatsmännern, zwei Admiralen und dem General Kobama eine lange Besprechung. Es heißt, in dieser Beratung sei die Montag entworfene Antwort Japans an Rußland gebilligt worden. Diese Antwort wird als der letzte Schritt in den Verhandlungen betrachtet. Das öffentliche Interesse des Volkes an dem Ausgang ist bis zur Fieberhöhe gestiegen.“ Londoner Blätter melden noch, die dortige japanische Gesandtschaft habe eine amtliche Depesche aus Tokio erhalten, welche besage, Rußlands Antwort sei ungünstig und könne von Japan nicht angenommen werden. Japan werde, wenn Rußland nicht von seinem Standpunkt zurückgehe, gezwungen sein, schnell zu den Waffen zu greifen.

Sübed und Nachbargebiete.

Mittwoch, den 13. Januar 1904

Man streitet ab. Die Direktion der Sübed-Ähener Eisenbahn greift in Gemeinschaft mit der Ähener und Seelenverwandten Redaktion der „Ähener Anzeigen“ zu allen nur erdenklichen Mitteln, um den Einfluß des Verbandes der Handels-, Transport- und Verstarbeiter auf den früheren Güterverkehr abzuklären. Jetzt behauptet man sogar geheimnistischerweise, daß die Eingabe der genannten Organisation an die Verwaltung der Sübed-Ähener Eisenbahn bei letzterer gar nicht eingegangen sei. Nähere Informationen unsererseits haben nun ergeben, daß auf Beschluß einer Versammlung der hiesigen Zählstelle des gen. Verbandes am 14. Dezember 1901 oben erwähnte Eingabe, in der um Einführung des 7-Uhr Güterverkehrs ersucht wurde, an die Verwaltung per Post übermittelt worden ist. Als dann im Februar 1902 noch keine Antwort eingelaufen war, ist das Verhalten der Direktion im „Volksboten“ in der Nr. 29 scharf gegeißelt worden. Da wir nun doch wohl nicht fehlgehen in der Annahme, daß auch die Direktion der Bahn die sie betreffenden Sachen im „Volksboten“ liest, so müssen wir unserer Verwunderung darüber Ausdruck geben, daß man nicht damals sofort diese Notiz richtiggestellt und erklärt hat, die Eingabe sei gar nicht eingegangen. Das ist nicht geschehen und deshalb bleibt die Vermutung bestehen, daß man sich heute, so gut es eben geht, aus der Schlinge ziehen will. Und warum das alles? Weil man nicht zugeben will, daß auch der hier in Betracht kommende Verband im Interesse der Ähener und Güterbodenarbeiter sein gut Teil mit zur Einführung des

7-Uhr Güterverkehrs beigetragen hat, ja, daß er in Verbindung mit dem Arbeiterorgan der eigentliche Veranlasser dieser Maßregel gewesen ist. Das wird auch jedem Leser des „Volksboten“ und jedem Kenner der Verhältnisse, sofern er nicht die Miß der geheimnistischer-nationalliberalen Denkart eingelegen hat, einleuchten. — Wenn dann von dem geheimnistischen Leiborgan bestritten wird, daß die Furcht vor dem Verbanne mitbestimmend gewesen sei bei Einführung dieser Maßregel, so verweisen wir demgegenüber darauf, daß sich die Direktion aus freien Stücken niemals hierzu entschlossen hätte. So viel sozialpolitisches Verständnis trauen wir den Herren nämlich gar nicht zu. Nachdem nun aber in der letzten Zeit unter den Güterbodenarbeitern eine tiefgehende Unzufriedenheit mit ihrer Lage herrscht, — die auch in einem im Februar oder März v. J. an die Verwaltung gerichteten Ersuchen um Lohnaufbesserung zum Ausdruck gebracht wurde — sah sich die Direktion, um die Güterbodenarbeiter nicht indirekt in den Verband hineinzutreiben, veranlaßt, wenigstens einer Forderung derselben zu entsprechen, indem sie dadurch der „Entbehrungslohn“ vorausschickte, keine Schmälerung erfahren wird. Was war es also anderes als Furcht vor dem Verbanne, was die Direktion nachgiebig gestimmt hat???

Die Wütcher der Zuckfabrik von Fride u. Co., Moislinger Allee 70, sind wegen Lohn Differenzen ausständig geworden. Bezug ist fernzuhalten.

In dem Prozeß Koch gegen 11 Mitglieder des Maurerverbandes hat das Gericht gestern abermalige Beweiserhebung beschloffen.

Eine dunkle Geschichte. Wir lesen in den „Äh. Anzeigen“: „Die Bewohner der Schmiedestraße wurden in der Nacht von Montag auf Dienstag, etwa um 3 Uhr, durch den Knall eines Schusses aus dem Schlafe aufgeschreckt. Man sprang aus den Betten und eilte ans Fenster — nirgends etwas zu sehen. Als man das merkwürdige Ereignis genügend besprochen und sich wieder ins Bett gelegt hatte, fiel plötzlich ein zweiter Schuß. Von neuem große und allgemeine Aufregung, doch von dem Schützen war auch nicht eine Spur zu finden. Nach einer Weile hörten die Bewohner, die sich inzwischen wieder ins Bett begeben hatten, daß ein Wagen, anscheinend eine Postkutsche angefahren kam, der Wagen schlug auf und wieder zugemacht wurde und der Wagen eiligt wieder davon fuhr. Als es gestern morgen hell wurde, entdeckte man, daß in den Stockwerken des Hauses Schmiedestraße Nr. 16 Fenster von Kugeln durchlöchert waren. Ueber den Schützen konnte man indessen bislang nichts erfahren, ebensowenig darüber, aus welcher Richtung die Schüsse gekommen und aus welchem Grunde und zu welchem Zwecke die Schüsse abgefeuert worden sind. In der Schmiedestraße wünscht man nichts sehnlicher, als daß die mysteriöse Geschichte aufgeklärt werde und der Schütze gegebenen Falles seine wohlverdiente Strafe erhalte.“

Die Dummheit werden nicht alle. Vor der Strafkammer II des hiesigen Landgerichts fand dieser Tage eine Verhandlung statt, die einem unwillkürlich die Frage auf die Lippen drängt: Leben wir wirklich im 20. Jahrhundert? Wegen Betruges hatte sich nämlich die Ehefrau B. von hier zu verantworten. Der Sachverhalt ist kurz folgender: Einem Briefträger in Hageburg war sein kleines Kind derart erkrankt, daß zwei Aerzte bereits jede Hoffnung auf Rettung aufgegeben hatten. Dem Vater guter Freunde entsprechend wandte sich der Vater jetzt nach Sübed an eine „weiße“ Frau und zwar an die im Kleinen wohlbekannte Angeklagte. Bei seinem ersten Zusammentreffen mit ihr stellte er an sie die Frage, ob sie die gesuchte Frau sei. Diese beantwortete die Frage durch Kopfnicken und Auflegen der Finger auf die Brust. Jeder einigermaßen aufgeklärte Mensch hätte jetzt schon nach diesem Holzkopfschlag der „weißen“ Frau den Rücken gefehrt. Unser Briefträger jedoch schickte derselben nun die Frage, worauf diese antwortete: „Das Kind hat einer unter.“ Der Briefträger fragte nun, ob denn das Kind verzaubert sei. Hierauf lautete die Antwort: „Die Krankheit steht jetzt sofort, das Kind ist gerettet.“ Als „Heilmittel“ übergab sie dem Briefträger einen von ihr unter stetem Gemurmel mit Klammern und Will gefüllten Beutel mit der Weisung, demselben dem Kinde umzuhängen und innerhalb 3 Tagen keinen Menschen zu dem Kinde zu lassen. Dann sei das Kind gerettet, so wahr ein Gott im Himmel sei. Als Beigabe legte sie dann noch die Karten und weisagte hierauf nochmals die Heilung. Als Entschädigung erhielt die Angeklagte 2 Mk. Der Briefträger ließ nun auch die Aerzte nicht mehr zu dem Kinde, sondern verschloß einfach sein Haus. Nach einigen Tagen starb das Kind. Nunmehr wurde Anzeige gegen die Angeklagte erstattet und dieselbe vom Schöffengericht zu 1 Woche Gefängnis verurteilt. Auf beiderseits eingelegte Berufung hatte sich die Strafkammer mit der Sache zu beschäftigen. Diese erkannte gegen die Angeklagte, deren Treiben in den Urteilsgründen scharf gegeißelt wurde, auf eine Woche Gefängnis und 30 Mark Geldstrafe evtl. weitere 10 Tage Gefängnis. Nur ihrem Alter und ihrer bisherigen Unbescholtenheit hat die Angeklagte es zuzuschreiben, daß die Gefängnisstrafe nicht erhöht worden ist.

— Zu einem literarischen Ereignis ersten Ranges gestaltete sich der gestrige Abend im Stadttheater. Bei leider nur mäßig bestelltem Hause gab man Björnsons Drama vom „König“, dessen Aufführung bekanntlich in Preußen verboten ist. Das Drama mit seinem wichtigen Gedankeninhalt war — trotz der vielen Striche, die man daran vorgenommen — von durchaus paffender Wirkung. Wir müssen es uns vorbehalten, auf diese Tragödie des Königtums ausführlich zurückzukommen, da es geradezu eine Beleidigung für den Dichter wäre, den Inhalt seines Dramas in wenigen Worten übers seine zu brechen. Ueber die Darstellung kann nur in den ausdrücklichen höchsten Lobes gesprochen werden. Arthur Sellmer als König, Feltz Roffert als Vertreter des republikanischen Prinzips, Elise Mehnert als Maria Ernst und die anderen mitwirkenden geradezu ihr Bestes zu geben. Auch der Regie des Herrn Roffert konnte man nur das höchste Lob zollen. Im übrigen können wir den Besuch der heutigen Wiederholung des Dramas nur empfehlen, denn man weiß ja nicht, ob sich nicht inzwischen Bestrebungen geltend machen, weitere öffentliche Aufführungen zu verhindern. In der „Republik“ Sübed ist leider so etwas sehr wohl möglich.

Aus dem Gerichtssaal. Wie unseren Lesern wohl noch in Erinnerung sein dürfte, schwabte Mitte vor. J. vor dem Gewerbegericht eine Entschädigungsklage des Wäckermeisters G. gegen den Kaufmann P. Derselben lag eine Forderung von 2000 Mk. zu Grunde; diese wurde damit begründet, daß G. von P. trotz 3jähriger Vertragszeit nach 1-jähriger Tätigkeit entlassen worden sei. P. hatte das Bestehen eines mündlichen Vertrages überhaupt bestritten. In diesen Prozeß, in dem G. unterlag, sollte nun letzterer infolgedessen eingegriffen haben, als er dem P. einen Brief schrieb, in welchem er ihn mit einer Anzeige

wegen verführerischer Verleitung zur Brandstiftung bedrohte, falls dieser sich nicht nachgiebig zeige. Gegen G. wurde darauf ein Strafverfahren wegen Nötigung eingeleitet. Das Schöffengericht nahm jedoch Erpressung an und verurteilte die Sache vor die Strafkammer. Diese aber sprach G. frei, nachdem festgestellt worden war, daß P. im Unmut einige unvorsichtige Aeußerungen von Explodieren oder Aufbrennen gemacht hatte, die leicht zu falschen Auffassungen Veranlassung geben konnten.

Achtung, Bimmerer! Ueber die Firma Aktien-Gesellschaft für Hoch- und Tiefbau, vorm. Gebr. Helmman, (Bahnhofsbau), ist die Sperre verhängt worden.

Handelsregister. Am 9. Januar 1904 ist eingetragen: 1. die Firma A. Friedrich Hausmann in Sübed; Inhaber: A. F. Hausmann, Pianofabrikant in Sübed. 2. die offene Handelsgesellschaft in Firma Verken u. Heise in Sübed; persönlich haftende Gesellschafter: E. J. Verken und H. J. Heise, Kaufleute in Sübed; die Gesellschaft hat am 8. Januar 1904 begonnen.

pb. Festgenommen wurde ein Arbeiter aus Schmachtshagen, welcher seitens der Großherzoglichen Anwaltschaft Althensbück, wegen Betruges steckbrieflich verfolgt wurde.

Entin. Eine Gemeinderatsitzung tagt am Freitag 6 Uhr mit folgender Tagesordnung: 1. Debaunungsplan zwischen Weberhain und Weidestraße; 2. Einschätzung zum Hauschoß; 3. Regulierung des Hauschoßes; 4. Besuch; 5. Verschiedenes.

Reinhold. In einer stark besuchten Versammlung des hiesigen Bildungsvereins hielt Sonnabend der Genosse Bartels-Sübed einen Vortrag über: „Der Darwinismus im Lichte der Naturerkenntnis“. Derselbe wurde mit großem Beifall aufgenommen. — Es geht vorwärts! Eine Zählstelle des Fabrik-, Land- und Hülfsarbeiter-Verbandes ist hier mit 35-40 Mitgliedern gegründet worden. Bravo!

Kleine Chronik der Nachbargebiete. Das Chicaguer Brandunglück hat auch eine Witwe Müller in Altona schwer getroffen. Sie erhielt von ihrem Schwiegerohn, einem Kaufmann Crampton in Chicago, die Nachricht, daß ihre Tochter und deren drei Kinder bei dem Brande des Froquois Theaters umgekommen seien. Die unglückliche Frau ist infolge dieser Nachricht schwer erkrankt. — Die bei dem dänischgegründeten Hofbesitzer Hansen in Slingby in Dienst befindlichen dänischen Untertanen erhielten, wie aus Apenrade gemeldet wird, nach Verhör bei dem Amts-vorsteher die Aufforderung, ihren Dienst innerhalb 24 Stunden zu verlassen. — Aus Wittenburg wird gemeldet: Am letzten Donnerstag erhängte sich im benachbarten Tesdorf der Erbpächter Johann Raht. Wie jetzt berichtet wird, hatte Raht mit einem Dienstmädchen in geschlechtlichem Verkehr gestanden, was nicht ohne Folgen geblieben. Raht hat dem schwangeren Mädchen Abtreibungsmittel, unter anderem auch grüne Seife, zum Einnehmen gegeben. Da das Mädchen später erkrankte und die Sache durch dasselbe ruchbar wurde, wird der Selbstmord des Erbpächters zurückgeführt auf die Furcht vor der gerichtlichen Sühne seiner Handlungen. — In Stove bei Wismar erkrankt der 4jährige Sohn eines Stellmachers beim Spielen auf dem Eise.

Bremen. 400 Arbeiter der Bremer Jute-Spinnerei und Weberei in Hemelingen sind seit Montag wegen Differenzen mit der Fabrikleitung ausständig. Es ist Aussicht vorhanden, daß die Differenzen bald beseitigt werden, da Unterhandlungen eingeleitet worden sind. — Wie oben gemeldet wird, ist der Ausstand gestern Mittag durch Beilegung der Differenzen mit der Fabrikleitung beendet worden.

Oldenburg. Ein schrecklicher Doppelmord ist hier gestern Morgen entbunden worden. In einem Hause an der Rosenstraße war ein Zimmerbrand ausgebrochen. Als man die Löscharbeiten in Angriff nahm, fand man die Witwe Melle und ihre 12jährige Tochter tot vor. Zunächst herrschte die Annahme, daß die beiden Frauen bei dem Brande ums Leben gekommen seien. Die genauere Untersuchung aber ergab, daß hier ein Doppelmord vorlag. Beiden Frauen war nämlich die Schädeldede zertrümmert worden. Die Untersuchung wird hoffentlich Licht in diese dunkle Angelegenheit bringen.

Beste Nachrichten.

Magdeburg. Ueberfahren und vollständig verflümmelt wurde nachts der Stationsassistent Sauer auf dem Bahnhof Budau. Er hinterläßt Frau und sechs Kinder.

Chemnitz. Die hiesiger Postbote. Ein beim hiesigen Bahnhofamt beschäftigter Postbote namens Schubert wurde in Haft genommen, weil er als überführt gilt, am 27. Dezember v. J. aus dem Anteil eines von Stolberg nach Chemnitz bestimmten Personenzuges einen Geldbriefbeutel entwendet zu haben.

Göttingen. Schicksallicher. Der Buchhalter Busse von der Getreidefirma Eichenberg ist, nachdem er einen gefährlichen Sturz in Höhe von 6000 Mk. bei der Reichsbankstelle verwundet hatte, gestorben.

Warschau. Bei einer Explosion in der polnischen Raptagruhe im Kaufhaus wurden mehr als 100 Personen getötet. — Unlänglich eines Trauergottesdienstes in der Synagoge in Bobinot brach plötzlich der Fußboden ein. Mehrere hundert Personen stürzten in den darunter befindlichen Keller. Ueber 200 Personen wurden getötet und mehrere andere verletzt.

Mailand. Verbrecherischer Anschlag gegen einen japanischen Kreuzer. Der aus Genua gemeldet wird, wäre der japanische Kreuzer „Mitsin“ bei seiner Abfahrt beinahe das Opfer eines furchtbaren Anschlages geworden. Von verbrecherischer Hand war ein Eisenstück so in die elektrische Leitung eingefügt worden, daß eine Explosion des benachbarten Munitionsraumes hätte erfolgen müssen. Das Eisen wurde noch rechtzeitig entfernt.

New York. Grubenunglück. In der Grube Grandalaga in Mexiko fand eine Dynamitexplosion statt, wobei 20 Bergarbeiter getötet und 40 verletzt wurden.

Quittung.

Für die Grummischauer Textilarbeiter gingen ein: Aus dem Betriebe des „Gen.-Anz.“ 940. Personen der Simonshäcker 4. — Bereich quitiert 7023,55 Mk. Summa 7036,95 Mk. — Vom Heber'schen der Weihnachtfeier des Holzarbeiter-Verbandes 50. — Zus. 7086,95 Mk. Expedition des „Äh. Boten“

Sternschanz-Viehmarkt.

Hamburg, 12. Januar.

Der Schweinehandel verlief ruhig. Zuführt wurden 3500 Stück. Preis: Sengschweine — Mt., Bergandtschweine, schwere 47-48 Mt., leichte 47-48 Mt., Sauen 42-45 Mt. und Ferkel 44-47 Mt. pro 100 Pfund.

In Oberschlesien wird das so gemacht.

In Berlin wurden am Freitag, wie schon kurz gemeldet, die oberschlesischen Prozesse gegen den „Vorwärts“ verhandelt. Es waren Prozesse, die in ihren Vorgängen und ihren Vertretern typisch waren für gewisse Zustände — die man ober-schlesisch nennt.

Schon der erste Zeuge erregte lebhaftes Interesse. Es ist der Amtsvorsteher Schroeter aus Baurahütte, der in drei Artikeln des „Vorwärts“ beleidigt sein soll. Herr Schroeter mußte über vieles aussagen. Er weiß nicht, daß der überwachende Gendarm in der aufgeregten Baurahütter Versammlung den Pfarrer — von dem selbst der Amtsvorsteher sagte, er sei unter den Arbeitern unbeliebt — selbst auf die Bühne geleitet hat. Er ist der Überzeugung, daß der unglückliche Krawall schon vorher geplant war. Er weiß für seine Überzeugung keine genügenden Beweise vorzubringen. Er beschwert sich darüber, daß auf allen sozialdemokratischen Flugblättern während der Wahl die Bemerkung gestanden hätte, die Polizei hätte kein Recht, die Verbreitung der Wahlblätter zu hindern. Er ist ganz erstaunt, als ihm von der Verteidigung vorgehalten wird, daß dies ja ganz selbstverständlich sei. Der Herr Amtsvorsteher scheint sich das Verhältnis von Obrigkeit zu Untertanen anders vorzustellen. Nur in einem Falle bringt er eine andere Auffassung zum Ausdruck: er befürchtete für die Zentrumsversammlung Ausschreitungen, er konnte es aber nicht bestimmt voraussagen und hielt sich deshalb nicht für berechtigt, in die staatsbürgerlichen Rechte der Versammlungsfreiheit einzugreifen. Von der Tatsache, daß im ganzen Industriebezirk weder die Polen, noch die Sozialdemokraten auch nur eine Wählerversammlung seit Ausschreibung der Wahl abhalten konnten — davon weiß der Amtsvorsteher nichts. Es ist ihm auch nicht bekannt, daß oberschlesische Behörden jemals den Bergverwaltungen die Listen der Mitglieder des Bergarbeiterverbandes ausgehändigt hätten. Er selbst sei allerdings mündlich danach von der Verwaltung gefragt, und da hätte er mündlich Auskunft gegeben. Selbstverständlich, fügte der Amtsvorsteher hinzu, war diese Auskunft eine private — ja keine amtliche. Von der Beschränkung der Flugblattverbreitung der Polen und Sozialdemokraten weiß Herr Schroeter auch nichts — nur einmal ist in seinem Bezirk ein Mann während der Kirchenzeit aufnotiert und später gerichtlich bestraft worden. Herr Schroeter weiß keinen Fall, in dem sozialdemokratische oder polnische Versammlungen in irgend welcher Weise verboten oder beschränkt gewesen wären, er traut keinem seiner Beamten die Pflichtwidrigkeit zu, irgend einem Wirth in einem solchen Falle mit Konzeptions-schäften gedroht zu haben. In Oberschlesien ist ja alles in bester, schönster Ordnung. Achtung vor den staatsbürgerlichen Rechten! Wer wagt, daran zu zweifeln?

Einige Zweifel wurden darauf beseitigt. In ruhiger, trockener Weise trugen drei oberschlesische polnische Redakteure ein reiches Tatsachenmaterial vor. Sie erzählten von der Beeinflussung der Saalmitte, von der Beschränkung der Flugblattverbreiter, von der vollständigen Bewegungsfreiheit des Zentrums, von dem Mißbrauch der Kirche zu Zentrumszwecken, von der Duldung der Zentrumsblattverbreiter zu Zeiten, in denen man die Polen und Sozialdemokraten daran verhindert, sie schützten die Erregung, in welche das arbeitende Volk Oberschlesiens durch alle diese Maßnahmen gebracht worden ist.

Auf eine direkte Frage, worauf man in Oberschlesien die Entfesselung des Baurahütter Krawalls zurückführe, antwortete der Redakteur Siemianowski, der Gegenkandidat Ballström, rundweg: Auf die Verweigerung der Säle für die Polen, auf die politische Agitation der Geistlichen in den Kirchen für das Zentrum, auf die Unterstützung des Zentrums durch die beherrschende O-gone.

Selbst das Gericht hat in der Urteilsbegündung fest-

gestellt, daß das Verhalten der Geistlichen und der Polizei vor dem Krawall „nicht ganz korrekt“ gewesen sei.

Das ist das erste Bild. Das zweite zeigte den Transport des später im Gefängnis zu Deuthen an seiner Wunde verstorbenen Arbeiters Blumowski. Festgestellt wurde, daß L. auf einem Wagen ohne Federn, der vorher zur Düngerabfuhr benutzt wurde, auf ein wenig Stroh, mit einem Gefangenen zusammengepackt, transportiert wurde. Festgestellt wurde, daß L. in den ersten Tagen im Gefängnis Deuthen in einer gewöhnlichen Zelle bei gewöhnlicher Gefangenkost gehalten wurde.

Noch viel typischer ist die dritte Sache. Nach dem Krawall hat der Amtsvorsteher Schroeter an die „Leipziger Volkszeitung“ eine Berichtigung gesandt über den Verlauf der Unruhen und darunter eine objektiv unwahre und höchst beleidigende Bemerkung über den erschossenen Trafalcyz getilgt. Der „Vorwärts“ hat dies kritisiert. Heute kommt noch mehr zu Tage. Es wird bewiesen, daß der Amtsvorsteher einem Nationalen Blatt Informationen zugehen ließ, die dann zu gehässigen Notizen über Trafalcyz ausgenutzt wurden. Es wurde bewiesen, daß der Vater dagegen protestiert hat. Vater und Mutter standen vor Gericht und gaben ihrem Sohn, entgegen den Behauptungen des Obergewaltigen, das beste Zeugnis.

Der Staatsanwalt suchte den Amtsvorsteher auch hier zu bedrücken. Das Gericht sprach die Meinung aus, daß es die Handlung des Amtsvorstehers „nicht recht billigen“ könne. Und dennoch: Zwei Wochen Gefängnis.

In dem vierten Falle wurde endlich festgestellt, daß in dem Jahrgang Prozeß, der seiner Zeit mit dem bekannten Flauto der Polizei vor dem Gleiwitzer Gericht endete, der Kriminalbeamte zu einem Arzt geht, um ihn über die Verwundeten zwecks „Ermittelungen“ auszufragen, daß er von dem Arzt zurückgewiesen wird, daß er nachher dennoch wiederkommt und seine „Ermittelungen“ im Vorzimmer des Arztes ohne dessen Wissen und Willen fortsetzt! Der Kriminalbeamte sagt, er hätte nicht gewußt, daß die Ärzte zur Verschwiegenheit über ihre Patienten verpflichtet sind. Der Arzt, dem auf Grund des Gleiwitzer Prozeßurtheils über die Jahrgang Vorgänge am Stichtag ein unrechter Vorwurf gemacht wurde, nimmt den Strafantrag nicht zurück — trotzdem ihm eine ershöpfende Cyrenenklärung angeboten wurde!

Der Angeklagte erhielt trotz des zugebilligten „guten Glaubens“ zwei Monate Zuchthaus.

So endete der oberschlesische Tag in Noabit nach einem gränzenden Plaidoyer des Genossen Rechtsanwalt Liebnecht, der die oberschlesische Wirtschaft unbarmherzig aufdeckte.

Im Ganzen wurde bekanntlich Leid zu sechs Monaten, Kaski zu vier Monaten und einer Woche Gefängnis verurteilt. Das Erkenntnis ist im „Vorwärts“ und mehreren anderen Blättern zu veröffentlichen.

Soziales und Parteileben.

Streiks und Lohnbewegungen. Junge von Schuhmachern nach Leisnig in Sachsen ist ferngehalten, da dort in der Fabrik von Behl u. Co. ernsthafte Lohnkämpfe entstanden sind. — Ein siegreicher Bäderstreik wurde Anfang Januar innerhalb 24 Stunden in Lemberg durchgeführt. Die Ertragschaften der Streikenden sind ganz bedeutend. In den sogenannten „deutschen“ Bädereien wurden folgende Arbeitsbestimmungen festgestellt: Ein Minimallohn von 24 Kronen für den Wäcker, 26 Kronen für den Helfer und 18 Kronen für die übrigen Arbeiter. Jeder siebente Tag ist ein Ruhetag; in den Schwarzbädereien soll jede dritte Woche eine ununterbrochene 36tägige Ruhezeit gewährt werden. Der Lohn wird wöchentlich ausbezahlt. Bis zum 1. Mai 1904 sollen überall eigene Speiseräume beigelegt werden. Für die jüdischen Bädereien werden die Bedingungen vorgeschrieben, die in zweien dieser Bädereien schon gelten. Wenn ein Meister die betroffenen Verein-

barungen nicht einhält, so verpflichten sich die übrigen Meister, ihn bei einem Kampfe mit den Arbeitern nicht zu unterstützen und ihm besonders kein Gehäl zu liefern.

Der nationalliberale Reichsverein in Dresden hielt dieser Tage eine stark besuchte Versammlung ab. Gehlemt Böhmer referierte über Crimmitschau. Er betonte, man müsse alles Wohlwollen und Einsicht daran setzen, diese rein lokale, gewerbliche Angelegenheit nicht zu einem öffentlichen Unheil für Deutschland werden zu lassen. Der Vorsitzende des Crimmitschauer Fabrikantenvereins legte dessen Standpunkt dar. In der Debatte sprach auch der Gründer der deutschen nationalsozialen Partei, Fr. Naumann. Er führte aus, der Vorsitzende des Fabrikantenvereins vertrete das Organisationsprinzip auf der Unternehmerseite, man müsse daher erwarten, daß er dasselbe Prinzip auf der Arbeiterseite vertrete. Ein Arbeitswilliger handele genau so barmherzig, als wenn ein Unternehmer seinem Kollegen in den Rücken falle. Man habe es fast als eine Schande hingestellt, daß die Crimmitschauer Arbeiter den Beschlusstag verlangten. Naumann bezeichnete es als ein altes, wenn ein Unglück, wenn die Arbeiter den Wunsch nach Verkürzung der Arbeit nicht hätten. Dieses Bestreben sei auch als eminent sittlich anzuerkennen. Man müsse jedes Wort sittlicher Benachteiligung von denen fernhalten, die mit dem Kampf um diese Frage der Kultur dienen.

Zu einem Crimmitschauer - Gedendblatt hat der „Wahre Jacob“ die letzten erschienenen zweite Nummer seines 21. Jahrgangs gestaltet. Dem denkwürdigen Klassenkampf der sächsischen Weber sind folgende Beiträge gewidmet: Die ganzseitigen Bilder „Molochsdiener“ (Wie in Babel, so in Crimmitschau!) und „Sachsen unter Belagerungszustand“, die Zeichnung „Aus Crimmitschau“ (die Verhaftung des Knechtes Ruprecht darstellend), sowie die Gedichte „Crimmitschau“, „Das Christkind flog nach Crimmitschau“, das Feuilleton „Aus einer Weihnachtspredigt des Hofpredigers Breibals aus Mottenburg im Verein für innere Mission in Crimmitschau“ und mehrere kleinere Beiträge. Als historisches Dokument aus der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung ist außerdem der Originaltext des „Bied der Weber in Peterswalbau und Langenbielau“, wie er im „Deutschen Bürgerbuch“ für 1845 zur Veröffentlichung gelangte, wiedergegeben. — Außerdem bringt die Nummer noch die beiden farbigen Bilder „Deutsches fische Handelsvertragsverhandlungen“, „Auf den Trümmern des Liberalismus“, die Fortsetzung der Serie „Bourgeois-Typen“, die Illustrationen „Zur Finanzlage im Reich“, „Richters Freude“, „Die Jagd auf den Vogel Bülow“ und das ganzseitige Bild „Die Verteilung von Bülow's Reden“. Der textliche Teil enthält die Gedichte „Im Verort“ von Alra Müller, „Das Gespenst auf dem Armenball“, „Bülow's Rede“, die Feuilletons „Die Ursachen der Bauflucht“, „Eine wahre Geschichte“ und zahlreiche kleinere Beiträge. Der Preis der zwölf Seiten starken Nummer ist 10 Pfennig.

Immer schärfer wird die Polizei in Crimmitschau. Während früher die Streikposten wenigstens in den Hausfluren sich aufhalten konnten, sofern sie nur genügend darauf achteten, daß ihre große Zehe nicht auf die Straße hinausragte, werden sie jetzt unweigerlich auch aus diesem letzten Zufluchtsort fortgewiesen. Dagegen eingelegte Beschwerde wurde von der Amtshauptmannschaft abge-wiesen.

Die „armen“ Spinner. Zu den „Spinners“, die im Golbe schwimmen“, wie im Reichstage der Abg. Münch-Gerber gesagt hat, der selbst ein Großindustrieller ist, scheinen auch die Arbeiter der Gutehnererei in Triesdorf zu gehören. Das Unternehmen mußte für 1903 eine Dividende von 22—24 Prozent ab, für die Aktien werden 16—18 Prozent bezahlt. Die Arbeiter erhalten hier aber genau wie anderwärts dieselben Hungerlöhne. Die Crimmitschauer

Im Fenster.

Roman von Friedrich Gerstäder.

26 Fortsetzung.

„Na, mach's wie Ihr wollt“, antwortete Tante Mäusebrot, „aber — die Gartenkultur nehm' mir von Euch Hüten herunter, das poßt sich nicht für anständige Mädchen, und ich mag es einmal nicht leiden — der Offizier bummelt richtig da unten noch immer herum — Heiß, Heiß!“

„Aber, beste Tante“, bat das junge Mädchen, „Du kannst mich doch wahrhaftig nicht dafür verantwortlich machen, wenn einer der Herren gar nichts zu tun hat und ein Vergnügen daran findet, auf der Promenade auf und ab zu laufen!“

„Nein“, sagte die Tante, „und ich hoffe, Du sprichst die Wahrheit. Aber ich warne Dich, Kind, ich warne Dich; von mir hast Du in einem solchen Falle keine Unterstützung zu hoffen. Das müßt' ich Euch hiermit im Voraus gesagt haben, damit Ihr Euch später nicht beklagen könnt. Ein armes Mädchen kann gezwungen werden“, setzte sie mit einem aus tiefster Brust herausgehollten Seufzer hinzu, „einen Mann zu nehmen, um sich ihren Lebensunterhalt zu sichern; hat sie aber ihr Auskommen, so ist sie rein wahnsinnig, wenn sie ihre Freiheit aufgibt, um die Sklavin eines Mannes zu werden, der sie dann doch nur ihres Geldes wegen nimmt. Ihr seid die Kinder meines Bruders — ich möchte nicht, daß Euch solch ein Unglück widerfahre.“

„Und darum forst Du Dich doch nicht jetzt etwa schon, Tante?“ lachte Flora, indem sie auf sie zuslog und ihr einen Kuß gab. „Das ist noch in weitem Felde, und ich wenigstens denke gar nicht an's Heiraten — und nochmals schönen Dank für die Tücher!“

„Despo besser für Dich“, sagte Frau Mäusebrot, „und nun, Kinder, geht. Heiß hat Recht, es fängt schon

an zu dämmern, und meine alte Reih ist heute wieder einmal kreuzlahm und könnte Euch nicht begleiten.“

„Also adieu, liebes Tantechen“, sagte auch Jettchen, indem jedes der beiden jungen Mädchen eins von den Tüchern zusammenrollte und unter den Arm nahm — „laßt Du Dich nicht bald einmal bei uns sehen?“

„Ich weiß es nicht, Kinder, ich finde keine rechte Freude dort; aber wir wollen sehen. Vielleicht komme ich in den nächsten Tagen einmal vor, denn ich habe doch in Eurer Nachbarschaft zu tun.“

Die beiden jungen Damen verließen unter dem Abschiedsgeheul Jettchen's, der müidend hinter ihnen dreinschliefte, das Zimmer; kaum aber waren sie auf der Treppe und sicher außer Hörweite, als Flora mit noch immer halb unterdrückter Stimme sagte:

„Wenn das nicht der größte alte Drache ist, den es in dieser Stadt giebt, so will ich wahrhaftig als alte Jungfer sterben und mich dann im Alter ebenso mit einem alten flinkigen Wäcker und einer ekelhaften grauen Katze einsperren lassen als Kinder!“

„Ich trage das Euch nicht“, sagte Henriette trockig; „sollen wir hier zum Skandal in der Stadt herumlaufen?“

„Und meine Blumen nehme ich auch nicht vom Gute!“ rief Flora. „Et, wenn junge Mädchen wie wir nicht einmal Blumen tragen sollen, wer denn sonst? Was sie nur davon hat, sich so unausstehlich zu machen!“

„Sie will uns nicht unterstützen“, sagte sie, „fiel Henriette ein; „das glaub' ich — so lange sie lebt, wenigstens nicht — aber ewig kann das ja auch nicht mehr dauern.“

„Gott gebe ihr ein festiges Ende!“ bemerkte Flora; und mit diesem frommen Wunsch traten die jungen Damen wieder auf die Straße, wo Henriette gleich den Blick schon umherwarf und richtig noch den Leutnant dort bemerkte, der gerade langsam von ihnen fortging und sie in diesem Augenblick noch nicht entdeckt hatte.

„Wenn Wöbhen nur keine Dambben macht“, flüsterte Henriette, „und zu schaf und auffällig hinter uns herkommt! Der alte Drache lauert jedenfalls da oben am Fenster, und nachher grad: Gott!“

„Was was geht sie's an!“ sagte Flora trockig; „ich fange überhaupt an, diese Vormundchaft satt zu bekommen! Sie redet davon, daß Männer ihre Frauen zu Sklavinnen machen — behandelt sie uns denn anders?“

„Wahrhaftig, da kommt Wöbhen schon!“ rief Henriette, die den Kopf zurückgewandt hatte. „Na, wenn die Tante jetzt nichts merkt, so weiß ich's nicht!“

„Ach, Torheit!“ erwiderte Flora. „Können wir etwas dafür, wenn uns ein Offizier auf der Straße folgt? Wir sind doch wahrhaftig keine Nonnen, daß wir mit keinem männlichen Wesen sprechen dürfen! Daß sie nur etwas darüber sagen, ich will ihr schon dienen!“

„Ja, auf der Straße hast Du immer das große Wort“, meinte die Schwester, „aber wenn Du mit mir oben bist, ist Du den Mund nicht auf!“

„Weiß ich nicht unbedingter Weise Streit mit ihr haben will; treibt sie's aber zu arg, so lasse ich es auch auf's Äußerste entkommen, und wenn sie mich dann entlassen will, das alte Schenkel — Gott verzeihe mir die Sünde, es ist Vater's Schwester —, so mag sie es meinetwegen tun, und ich weiß dann doch, wohin ich mich zu wenden habe — da...“

„Gehen wir durch den Park?“

„Es ist eigentlich schon ein bißchen spät, aber ich denke doch — die Tante kann uns ja nicht mehr aus ihrem Fenster sehen, und die Reih ist kreuzlahm — auch ein Segen Gottes, sonst schiedte sie die heute gewiß zum Spinnereien hinter uns her!“

„Wenn nur Wöbhen dort noch ein kleines Weibchen auf und ab gegangen wäre — es ist auch zu ungeschick, denn er mußte wissen, daß er uns dadurch in Verlegenheit bringt...“

Stenografie in Briefen